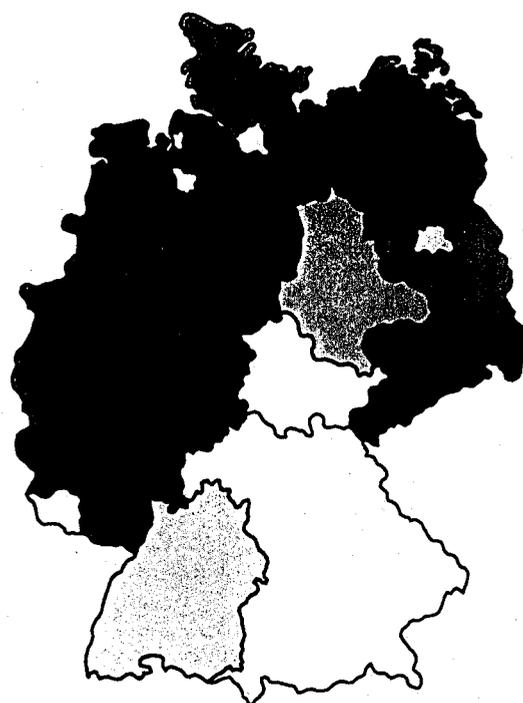


Statistisches Bundesamt
Wiesbaden



Sozialhilfe im Ländervergleich 1996

Hilfe zum Lebensunterhalt

- Arbeitsunterlage -

Statist. Bundesamt - Bibliothek



04-01538

294/
01

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1998

Alle Rechte vorbehalten.

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Nachdruck und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Die Verbreitung über elektronische Systeme bedarf stets der vorherigen Genehmigung.

Erstveröffentlichung am 1. Sept. 1998

INHALTSVERZEICHNIS

SEITE

1. SOZIALHILFE IM ENGEREN SINNE:	
WESENTLICHE STRUKTURDATEN 1996	2
1.1 EMPFÄNGER	2
Tabelle 1.1, Schaubild 1.1	
1.2 AUFWAND	4
Tabelle 1.2, Schaubild 1.2	
2. AUSLÄNDER MIT SOZIALHILFEBEZUG	5
Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.1, 2.1.2	
3. ALTERSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER	6
Tabelle 3.1, Schaubild 3.1	
Tabelle 3.2, Schaubild 3.2	
4. HAUSHALTSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER	7
4.1 HAUSHALTSGRÖSSE	7
Tabelle 4.1, Schaubild 4.1	
4.2 HAUSHALTSTYP	8
Tabelle 4.2.1, 4.2.2, Schaubild 4.2	
Tabelle 4.3, Schaubild 4.3	
5. SOZIALHILFEBEDARF UND -ANSPRUCH	10
Tabelle 5.1, Schaubild 5.1.1, 5.1.2	
Tabelle 5.2, Schaubild 5.2.1, 5.2.2	
Schaubild 5.3	
6. BEZUGSDAUER DER SOZIALHILFE	13
Schaubild 6.1, 6.2	
7. SOZIALHILFEBEZUG, ARBEITSLOSIGKEIT, WOHNGELDBEZUG ...	13
Tabelle 7.1, Schaubild 7.1, 7.2	
<u>ANHANG: TABELLEN, SCHAUBILDER</u>	16

1. SOZIALHILFE IM ENGEREN SINNE: WESENTLICHE STRUKTURDATEN 1996

1.1 EMPFÄNGER

Tabelle 1.1, Schaubild 1.1

Zum Jahresende 1996 erhielten insgesamt 2,69 Mill. Personen in 1,38 Mill. Haushalten Sozialhilfe im engeren Sinne (d.h. laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen). Unter den Empfängern waren 2,05 Mill. Deutsche und 636 000 Ausländer. Der Ausländeranteil lag bei 23,7 %. Unter den Sozialhilfeempfängern überwogen mit 56,3 % die weiblichen Bezieher, 43,7 % waren männlich.

Kinder sind relativ häufig unter den Sozialhilfebeziehern anzutreffen: So waren rund eine Million Kinder unter 18 Jahren von Sozialhilfe betroffen, das sind 37,6 % der Empfänger. Fast die Hälfte dieser Kinder (48,4 %) lebte in Haushalten von alleinerziehenden Frauen. Das vergleichsweise hohe Sozialhilferisiko der Kinder wird auch durch die Sozialhilfequote (Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %) deutlich. Während am Jahresende 1996 insgesamt 3,3 % der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, war diese Quote bei den unter 18jährigen mit 6,3 % fast doppelt so hoch. Insgesamt ist festzustellen, daß das Sozialhilferisiko der Kinder über dem Gesamtdurchschnitt liegt und um so höher ist, je jünger die Kinder sind. Im Gegensatz hierzu liegt das Sozialhilferisiko der *älteren Menschen* deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt, und zwar um so mehr, je älter die Personen sind.

Neben den altersbezogenen Sozialhilfequoten lassen sich auch geschlechts-, ausländer- und regionalspezifische Quoten bestimmen. Dabei ergeben sich folgende Zusammenhänge: *Frauen* haben ein höheres Sozialhilferisiko (3,6 %) als *Männer* (2,9 %); *Ausländer* (8,5 %) ein höheres als *Deutsche* (2,8 %).

Die Sozialhilfequote der Empfänger ist im *früheren Bundesgebiet* (3,6 %) höher als in den *neuen Bundesländern* (2,0 %). Im früheren Bundesgebiet ist ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar (d.h. relativ hohe Quoten im Norden, niedrige Quoten im Süden). So wurden für Niedersachsen (4,2 %) und Schleswig-Holstein (4,0 %) überdurchschnittliche

Quoten ermittelt, während sich für Bayern mit 1,9 % und Baden-Württemberg mit 2,3 % relativ niedrige Quoten ergaben. Die höchsten Quoten sind in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen: Bremen (9,8 %), Hamburg (8,1 %) und Berlin (6,7 %). Unter den Flächenstaaten entfiel die höchste Sozialhilfequote auf das Saarland (4,8 %).

Allgemeine Sozialhilfequote (Empfänger)

Deutschland 1996

(Durchschnittswert: 3,3 %)

Früheres Bundesgebiet (Durchschnittswert: 3,6 %)	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Bremen (9,8 %) Hamburg (8,1 %) Berlin West (8,1) Saarland (4,8 %) Hessen (4,3 %) Niedersachsen (4,2 %) Schleswig-Holstein (4,0 %) Nordrhein-Westfalen (3,7 %)	Bayern (1,9 %) Baden-Württemberg (2,3 %) Rheinland-Pfalz (3,0 %)
Neue Bundesländer (Durchschnittswert: 2,0%)	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Berlin-Ost (4,3 %) Sachsen-Anhalt (2,3 %)	Sachsen (1,5 %) Thüringen (1,6 %) Brandenburg (1,7 %) Mecklenburg-Vorpommern (2,0 %)

1.2 AUFWAND

Tabelle 1.2, Schaubild 1.2

Im Jahr 1996 wurden in Deutschland für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) brutto 19,4 Mrd. DM ausgegeben, das waren 39 % der gesamten Sozialhilfeausgaben. Nach Abzug der Einnahmen bei dieser Hilfeart in Höhe von rund 3 Mrd. DM beliefen sich die reinen Ausgaben der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt auf 16,4 Mrd. DM; rein rechnerisch waren dies durchschnittlich 200 DM je Einwohner. Für die Unterpositionen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt (s. Tab. 1.2) können im Rahmen der Sozialhilfestatistik nur die Bruttoausgaben (also nicht die reinen Ausgaben) angegeben werden. So belief sich der korrespondierende Ausgabebetrag (brutto) für die hier besprochenen Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne im Jahr 1996 (Deutschland) auf 13,8 Mrd. DM. Zusätzlich hierzu wurden im Berichtsjahr noch 1,3 Mrd. DM (brutto) für laufende Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit ausgegeben.

Die bevölkerungsbezogene Sozialhilfequote der reinen HLU-Ausgaben ist nahezu ein exaktes Spiegelbild der empfängerbezogenen Sozialhilfequote im engeren Sinne. So waren die reinen HLU-Ausgaben je Einwohner im früheren Bundesgebiet (224 DM je Einwohner) mehr als doppelt so hoch wie in den neuen Ländern (98 DM je Einwohner). Die höchsten Ausgabequoten waren in den drei westlichen Stadtstaaten zu verzeichnen. Von den Flächenstaaten entfiel die höchste Ausgabenquote auf das Saarland, während sich für Bayern und Baden-Württemberg die niedrigsten Quoten unter den alten Ländern ergaben.

2. AUSLÄNDER MIT SOZIALHILFEBEZUG

Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.1

Zum Jahresende 1996 bezogen 8,5 % der in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen Sozialhilfe im engeren Sinne. Die Sozialhilfequote der Ausländer war im früheren Bundesgebiet (8,6 %) höher als in den neuen Bundesländern (5,7 %). Im großen und ganzen verhalten sich die landesspezifischen Sozialhilfequoten der Ausländer wie die allgemeinen Sozialhilfequoten, d.h. Länder mit einer relativ hohen allgemeinen Sozialhilfequote weisen auch eine relativ hohe Ausländer-Sozialhilfequote auf und umgekehrt.

<p>Sozialhilfequote der Ausländer Deutschland 1996 (Durchschnittswert: 8,5 %)</p>

Früheres Bundesgebiet (Durchschnittswert: 8,6 %)	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
<p>Bremen (16,8%) Berlin-West (15,2 %) Hamburg (14,4 %) Niedersachsen (12,3 %) Saarland (12,0 %) Hessen (11,6 %) Schleswig-Holstein (11,0 %) Nordrhein-Westfalen (9,6 %)</p>	<p>Bayern (3,9 %) Baden-Württemberg (4,4 %) Rheinland-Pfalz (7,0 %)</p>
Neue Bundesländer (Durchschnittswert: 5,7%)	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
<p>Sachsen-Anhalt (11,0 %) Berlin-Ost (6,9 %) Thüringen (6,3 %)</p>	<p>Brandenburg (3,2 %) Sachsen (3,7 %) Mecklenburg-Vorpommern (5,6 %)</p>

Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.2

Betrachtet man den Anteil der Ausländer *unter* den Sozialhilfeempfängern dann wird die o.g. angesprochene Ost/West-Diskrepanz noch deutlicher. Während im früheren Bundesgebiet mehr als ein Viertel der Sozialhilfeempfänger Ausländer waren, belief sich dieser Anteilswert in den neuen Bundesländern auf lediglich 6,4 %. Der Ausländeranteil an den Sozialhilfeempfängern ist in den alten Bundesländern sehr unterschiedlich. Die höchsten Ausländeranteile waren in Hessen (33,9 %), Berlin-West (31,4 %) und Nordrhein-Westfalen (29,9 %) zu verzeichnen. Die niedrigsten Werte resultierten in Schleswig-Holstein (14,3 %) und Rheinland-Pfalz (17,5 %). Der Ausländeranteil war somit in Hessen mehr als doppelt so hoch wie in Schleswig-Holstein.

3. ALTERSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

Tabelle 3.1, Schaubild 3.1

Die Sozialhilfequote ist sehr stark vom Alter abhängig: sie sinkt mit zunehmendem Alter, d.h. insbesondere, daß Kinder ein deutlich höheres Sozialhilferisiko haben als ältere Menschen. Wie Schaubild 3.1 verdeutlicht, ist diese Rangfolge der altersspezifischen Sozialhilfequoten in jedem Bundesland klar erkennbar; Unterschiede zwischen den Ländern ergeben sich lediglich im Hinblick auf die absolute Niveaulage der landesspezifischen Sozialhilfequote (Stichwort: Nord-Süd-Gefälle bei den Sozialhilfequoten im früheren Bundesgebiet, generell höhere Sozialhilfequoten im Westen).

Tabelle 3.2, Schaubild 3.2

Vergleicht man die Alterstruktur der Sozialhilfeempfänger (d.h. die Anteile der Altersgruppen *unter* den Sozialhilfeempfängern) in den einzelnen Ländern dann werden jedoch gewisse Unterschiede sichtbar:

- Im früheren Bundesgebiet (bzw. in den einzelnen alten Ländern) sind die Anteilswerte der
 - älteren Sozialhilfeempfänger (Altersgruppen: 40-60 Jahre, 60 und älter) höher
 - jüngeren Sozialhilfeempfänger (Altersgruppen: unter 18 Jahren, 18-40 Jahre) geringerals in den neuen Ländern.

In den alten Bundesländern sind die Sozialhilfeempfänger demnach älter als in den neuen Ländern.

- In der Mehrzahl der Länder bilden die unter 18jährigen die anteilmäßig größte Gruppe *unter* den Sozialhilfeempfängern. Eine Ausnahme hiervon machen die Stadtstaaten Berlin (Ost und West) und Hamburg sowie Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern; in diesen Ländern entfällt der höchste Anteilswert auf die Gruppe der 18-40jährigen.

Unter den Sozialhilfeempfängern bilden die Mehrheit	
Kinder (unter 18 Jahre)	Junge Erwachsene (18-40 Jahre)
Sachsen Thüringen Niedersachsen Baden-Württemberg Schleswig-Holstein Nordrhein-Westfalen Rheinland-Pfalz Saarland Hessen Bayern Bremen	Berlin (Ost und West) Sachsen-Anhalt Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern Hamburg

4. HAUSHALTSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

4.1 HAUSHALTSGRÖSSE

Tabelle 4.1, Schaubild 4.1

Die 2,69 Mill. Personen, die zum Jahresende 1996 in Deutschland Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, lebten in 1,38 Mill. Haushalten. In der Hälfte der Fälle (50,3 %) waren dies Einpersonenhaushalte¹. Danach folgten die Zweipersonenhaushalte mit 22,5 % und die Haushalte mit drei Personen (13,8 %). Vier und mehr Personen hatten 13,3 % der Sozialhilfehaushalte.

In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost waren die größeren Sozialhilfehaushalte stärker vertreten als in den alten Bundesländern. Überdurchschnittlich viele Einpersonenhaushalte gab es v.a. in den Stadtstaaten. Größere Haushalte hingegen waren relativ häufig in Sachsen und Thüringen anzutreffen sowie im früheren Bundesgebiet in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

¹ Die in diesem Absatz genannten Anteilswerte beziehen sich auf die 1,18 Mill. Empfängerhaushalte, die einen eigenen Haushalt bilden.

4.2 HAUSHALTSTYP

Tabelle 4.2.1, 4.2.2, Schaubild 4.2

Über die Haushaltsgröße hinaus können die Sozialhilfehaushalte mittels des Haushaltstyps weiter klassifiziert werden. Im wesentlichen unterscheidet man dabei Alleinstehende, Ehepaare mit und ohne Kinder sowie alleinerziehende Frauen. Die Differenzierung nach diesen Haushaltstypen ergibt für Deutschland folgendes Bild: In der Mehrzahl (41,0 %) handelte es sich bei den Sozialhilfehaushalten um Alleinstehende; danach folgten die alleinerziehenden Frauen mit einem Anteilswert von 22,1 % vor den Ehepaaren mit Kindern (12,6 %) und den Ehepaaren ohne Kinder (6,9 %). Auf die Sammelposition „sonstige Haushalte“ entfielen 17,6 % der Haushalte; hierunter sind zum allergrößten Teil Haushalte ohne Haushaltsvorstand subsumiert sowie die nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

Vergleicht man die Struktur der Haushalte mit Sozialhilfe in den einzelnen Bundesländern, dann ergibt sich folgendes Bild:

- In allen Bundesländern bilden die *Alleinstehenden* die mit Abstand größte Gruppe unter den Sozialhilfehaushalten. Besonders ausgeprägt war die Dominanz der Alleinstehenden in den Stadtstaaten, insbesondere Berlin. Darüber hinaus war der Anteil der Alleinstehenden in den alten Bundesländern höher als in den neuen Ländern. Die Differenzierung nach dem Geschlecht ergibt für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost ein Übergewicht der Männer, während in den alten Bundesländern die Frauen unter den Alleinstehenden dominieren (Ausnahme: Berlin-West, Hamburg).
- Die zweitgrößte Gruppe bildeten i.d.R. die *alleinerziehenden Frauen*. Ihr Anteil war in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost zumeist höher als in den alten Bundesländern. In den alten Bundesländern gab es relativ viele alleinerziehende Frauen in Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein; und relativ wenige in Berlin-West, Hamburg und Hessen.
- Die relativen Häufigkeiten der *Ehepaare mit Kindern* wiesen in den einzelnen Bundesländern nur geringfügige Unterschiede auf.
- *Ehepaare ohne Kinder* waren in den alten Bundesländern relativ häufiger als in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Tabelle 4.3, Schaubild 4.3

- Der Anteil der *Familien* (Ehepaare und alleinerziehende Frauen) *mit zwei und mehr Kindern* war in den neuen Bundesländern höher als in den alten Bundesländern.

Die höchsten Anteilswerte ergaben sich dabei

- in den neuen Ländern in Sachsen und Thüringen;
- in den alten Ländern in Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Die niedrigsten Anteile für diese kinderreichen Haushalte wurden in Berlin-West und Hamburg ermittelt.

- Im folgenden sollen die Länder kenntlich gemacht werden, die relativ viele größere Familien und relativ wenig Alleinstehende mit Sozialhilfebezug haben und umgekehrt. Hierzu werden die einzelnen Bundesländer in die beiden folgenden Gruppen eingeteilt:

Länder mit

überdurchschnittlichem Anteil von Familien
(mit zwei und mehr Kindern)
und unterdurchschnittlichem Anteil von
Alleinstehenden

unterdurchschnittlichem Anteil von Familien
(mit zwei und mehr Kindern)
und überdurchschnittlichem Anteil von
Alleinstehenden

Es ergibt sich folgendes Bild:*)

<p>Familien ↑ (mit zwei und mehr Kinder)</p> <p>Alleinstehende ↓</p>	<p>Familien ↓ (mit zwei und mehr Kinder)</p> <p>Alleinstehende ↑</p>
<p>Sachsen Thüringen Mecklenburg-Vorpommern Baden-Württemberg Niedersachsen Nordrhein-Westfalen</p>	<p>Berlin (Ost und West) Hamburg Bremen Hessen</p>

*) Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

5. SOZIALHILFEBEDARF UND -ANSPRUCH

Tabelle 5.1, Schaubild 5.1.1, 5.1.2

Tabelle 5.2, Schaubild 5.2.1, 5.2.2

Schaubild 5.3

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im wesentlichen nach Regelsätzen und Mehrbedarfszuschlägen gewährt; darüber hinaus werden i.d.R. auch die Unterkunftskosten übernommen. Die Gesamtsumme der vorgenannten Bedarfspositionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf. Zieht man vom Bruttobedarf das angerechnete Einkommen ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch.

Im Hinblick auf die Bedarfsentstehung lassen sich im Rahmen der Sozialhilfestatistik zwei *Bedarfskomponenten* unterscheiden: Bruttokaltmiete und Regelbedarf. Zur *Bruttokaltmiete* zählen die Miete (bzw. bei Eigentümern die Belastung) einschl. der Umlagen, Nebenkosten und Gebühren für Müllabfuhr, Abwasser, Schornsteinfeger, Straßenreinigung, Grundsteuer, Hausverwaltung u.ä. Nicht zur Bruttokaltmiete gehören Strom- und Heizungskosten sowie die Kosten der Warmwasserbereitung. Als *Regelbedarf* wird im folgenden die Differenz zwischen dem Bruttobedarf und der Bruttokaltmiete bezeichnet. Der Regelbedarf bildet also im wesentlichen den Regelsatz sowie den Mehrbedarfszuschlag ab.

Im folgenden wird der Sozialhilfebedarf und -anspruch im Ländervergleich aufgezeigt. Bei den dabei verwandten Begriffen (Bruttokaltmiete, Regelbedarf, Bruttobedarf, angerechnetes Einkommen, Nettoanspruch) handelt es sich jeweils um monatliche Durchschnittswerte.

Im Bundesdurchschnitt errechnete sich für einen Sozialhilfehaushalt ein monatlicher Bruttobedarf von 1 488 DM, wovon allein ein Drittel auf die Kaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens der Hilfebedürftigen in Höhe von durchschnittlich 688 DM wurden pro Haushalt im Schnitt 800 DM — also etwas mehr als die Hälfte (53,7 %) des Bruttobedarfs — ausgezahlt.

I. Früheres Bundesgebiet

Hinsichtlich der Entstehung des Sozialhilfebedarfs stellt sich die Situation in den alten Bundesländern wie folgt dar:*)

Bruttokaltmiete, Regelbedarf, Bruttobedarf alle Durchschnittsbeträge sind	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Bremen Schleswig-Holstein **) Hessen	Bayern Berlin (West)

*) Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

**) Bruttokaltmiete ist gleich dem Durchschnittswert.

Nach Abzug des angerechneten Einkommens ergab sich letztendlich ein *überdurchschnittlich hoher Nettoanspruch* für *Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen*. Bei Nordrhein-Westfalen war dies insbesondere auf das geringe angerechnete Einkommen zurückzuführen (niedrigster Wert unter den alten Ländern). In Hessen war hierfür neben dem relativ hohen Bruttobedarf ebenfalls das geringe angerechnete Einkommen ausschlaggebend (zweitniedrigster Wert unter den alten Ländern). Bremen hatte zwar ein überdurchschnittlich hohes angerechnete Einkommen zu verzeichnen; dies reichte jedoch nicht aus, um das sehr hohe (v.a. mietbedingte) Bruttobedarfsniveau zu kompensieren.

Für alle übrigen Länder ergab sich ein *unterdurchschnittlicher Nettoanspruch*. Die niedrigsten Werte wurden dabei in *Bayern, Hamburg und Berlin-West* festgestellt. In Hamburg waren die beiden Bedarfskomponenten auffallend ausgeprägt. Einerseits wurde hier die höchste Bruttokaltmiete, andererseits der niedrigste Regelbedarf (relativ viele Einpersonenhaushalte) festgestellt. In *Schleswig-Holstein* wurde das höchste angerechnete Einkommen erzielt; damit konnte das relativ hohe Bruttobedarfsniveau ausgeglichen und im Endeffekt ein unterdurchschnittlich hoher Nettoanspruch erreicht werden.

Die Struktur des Bedarfskomponenten und der einkommensmäßigen Bedarfsdeckung entspricht in *Niedersachsen* und *Baden-Württemberg* in etwa dem Bundesdurchschnitt. Gleiches trifft im großen und ganzen auch auf das *Saarland* und *Rheinland-Pfalz* zu; als Besonderheit sind hier die niedrigsten Werte für die Bruttokaltmiete anzuführen.

In Schaubild 5.3 ist der Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf in den einzelnen Ländern dargestellt. Überdurchschnittliche Anteilswerte (Nordrhein-Westfalen, Hessen) sind in aller Regel auf unterdurchschnittliche Beträge beim angerechneten Einkommen zurückzuführen, während unterdurchschnittliche Anteilswerte (Hamburg, Schleswig-Holstein) mit relativ hohen Einkommensbeträgen einher gehen.

II. Neue Länder

Die Durchschnittswerte für die Bruttokaltmiete und den Bruttobedarf waren in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchweg niedriger als in den alten Bundesländern; in den allermeisten Fällen traf dies auch auf den Regelbedarf zu. Ein weiterer Unterschied zu den alten Bundesländern besteht darin, daß in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur knapp die Hälfte des Bruttobedarfs ausgezahlt wurde; in den alten Ländern wurde vom Bruttobedarf relativ mehr ausbezahlt (s. Schaubild 5.3). Ursächlich hierfür sind die in den neuen Ländern und Berlin-Ost relativ häufig vertretenen größeren Haushalte. Denn mit zunehmender Haushaltsgröße gelangt tendenziell weniger vom Bruttobedarf zur Nettoauszahlung. Das ist darauf zurückzuführen, daß größere Haushalte vermehrt über anrechenbares Einkommen verfügen (z.B. Kindergeld, Unterhaltsleistungen).

Infolge der höchsten Bruttokaltmiete hatte *Berlin-Ost* unter den neuen Ländern den höchsten Bruttobedarf auszuweisen. Da sich hier andererseits auch der niedrigste Durchschnittswert für das angerechnete Einkommen ergab, war in Berlin-Ost der höchste Nettoanspruch zu verzeichnen. Ein leicht erhöhter Bruttobedarf war auch in *Sachsen* und *Thüringen* festzustellen. Ausschlaggebend war hierfür die Regelbedarfskomponente, die wiederum auf das relativ häufige Vorkommen der kinderreichen Familien in diesen beiden Ländern zurückzuführen ist. Aufgrund des überdurchschnittlich hohen angerechneten Einkommens (Kindergeld etc.) ergab sich in diesen beiden Ländern jedoch im Endeffekt ein unterdurchschnittlicher Nettoanspruch. Für *Brandenburg* errechnete sich der niedrigste Bruttoanspruch, für *Sachsen* der niedrigste Nettoanspruch.

In Schaubild 5.3 bringt das Verhältnis Nettoanspruch/Bruttobedarf die länderweisen Unterschiede beim angerechneten Einkommen zum Ausdruck. So ist der hohe Anteilswert für Berlin-Ost auf den relativ niedrigen Betrag beim angerechneten Einkommen zurückzuführen. Der niedrige Anteilswert für Sachsen ist hingegen die Folge des dort relativ hohen Einkommensbetrages.

6. BEZUGSDAUER DER SOZIALHILFE

Schaubild 6.1, 6.2

Die bisherige Bezugsdauer der Sozialhilfe im engeren Sinne, die zum Jahresende 1996 erfaßt wurde, betrug im Bundesdurchschnitt etwas mehr als zwei Jahre (25,4 Monate). Der entsprechende Wert war im früheren Bundesgebiet mehr als doppelt so hoch (27 Monate) wie in den neuen Ländern (12 Monate, s. Schaubild 6.1). Der Grund hierfür ist allerdings das spätere Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes in den Neuen Ländern. Die mit Abstand höchsten Bezugsdauern im früheren Bundesgebiet ergaben sich für die Stadtstaaten Hamburg und Bremen. In diesen beiden Ländern gab es auch überdurchschnittlich viele Langzeitbezieher mit einer bisherigen Bezugsdauer von mehr als fünf Jahren (Schaubild 6.2). Die kürzeste durchschnittliche Bezugsdauer wurde in Hessen festgestellt, wo auch der geringste Anteil an Langzeitbeziehern zu verzeichnen war.

7. SOZIALHILFEBEZUG, ARBEITSLOSIGKEIT, WOHNGELDBEZUG

Tabelle 7.1, Schaubild 7.1, 7.2

I. Früheres Bundesgebiet

Im Jahresdurchschnitt 1996 lag die *Arbeitslosenquote* im früheren Bundesgebiet bei 10,1 %. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist in den alten Bundesländern sehr unterschiedlich. Ähnlich wie bei der Sozialhilfe ist auch hier ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar. So wurden für Niedersachsen (12,1 %) und Nordrhein-Westfalen (11,4 %) aber auch im Saarland (12,4 %) überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten ermittelt, während sich für Bayern mit 7,9 % und Baden-Württemberg mit 8,0 % die mit Abstand niedrigsten Quoten ergaben. Analog zur Sozialhilfe wurden die höchsten Arbeitslosenquoten in den Stadtstaaten Berlin-West (15,7 %) und Bremen (15,6 %) festgestellt. Der Wert für Hamburg lag mit 11,7 % ebenfalls über dem Durchschnitt.

Die *Wohngeldbezugsquote* zum Jahresende 1996 betrug im früheren Bundesgebiet 6,9 %. Auch im Bereich der Wohngeldförderung ist deutlich ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle er-

kennbar: Gemessen an der Anzahl der privaten Haushalte bezogen in den drei Stadtstaaten sowie in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und im Saarland überdurchschnittlich viel Haushalte Wohngeld. Die niedrigsten Werte ergaben sich für Bayern, Hessen und Baden-Württemberg.

Ein länderweiser *Vergleich der Arbeitslosen-, Wohngeld- und Sozialhilfequote* läßt in fast allen Bundesländern einen zahlenmäßigen Zusammenhang erkennen. So wurde in den Bundesländern mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote sehr häufig auch eine überdurchschnittlich hohe Bezugsquote von Wohngeld bzw. Sozialhilfe festgestellt. Umgekehrt verhielt es sich in den Ländern, deren Arbeitslosenquote unter dem Durchschnitt lag; dort lag auch die Bezugsquote von Wohngeld bzw. Sozialhilfe unter dem allgemeinen Durchschnitt.

Früheres Bundesgebiet 1996

Arbeitslosigkeit-Wohngeldbezug-Sozialhilfebezug^{*)}	
alle Quoten sind	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Berlin-West Bremen Hamburg Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Saarland	Bayern Baden-Württemberg Rheinland-Pfalz

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

Eine Ausnahme bildeten hier lediglich Hessen und Schleswig-Holstein, wo trotz vergleichsweise niedriger Arbeitslosigkeit eine erhöhte Bezugsquote von Sozialhilfe und/oder Wohngeld festgestellt wurde.

II. Neue Länder

In den neuen Ländern lag die *Arbeitslosenquote* mit 16,7 % deutlich über dem Wert des früheren Bundesgebietes (10,1 %). Die hohe Arbeitslosenquote in den neuen Ländern geht bislang jedoch insgesamt nicht mit entsprechend hohen Sozialhilfequoten einher. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß in den neuen Ländern die Rentner und Rentnerinnen in sehr viel geringerem Maße als in den alten Ländern auf Sozialhilfe angewiesen sind (Stichwort: stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen in der ehemaligen DDR, Anpassung der Ost-Renten an das Westniveau). So belief sich Ende 1996 in den neuen Ländern die Sozialhilfequote der über 50jährigen auf 0,5 %, während der entsprechende Wert in den alten Ländern viermal so hoch war (1,9 %). Im Vergleich hierzu weichen die Sozialhilfequoten bei den Personen im erwerbsfähigen Alter (insbesondere zwischen 18 und 50 Jahren) in den neuen Ländern weitaus weniger vom Westniveau ab.

Trotz der seit einigen Jahren rückläufigen *Wohngeldquote* bezogen zum Jahresende 1996 in den neuen Ländern nach wie vor vergleichsweise mehr Haushalte Wohngeld (9,2 % aller Haushalte) als im früheren Bundesgebiet (6,9 % aller Haushalte). Ausschlaggebend hierfür sind u.a. die teilweise noch immer geltenden Übergangsregelungen in den neuen Ländern.

Der länderweise *Vergleich der Sozialhilfebezugs- und Arbeitslosenquote* zeigt, daß in Sachsen und Brandenburg die beiden Quoten unterdurchschnittlich ausfielen, während in Sachsen-Anhalt beide Quoten über dem Durchschnitt lagen.

ANHANG:
TABELLEN, SCHAUBILDER

Anmerkung zu den Daten von Schleswig-Holstein:

Bei den Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne zum Jahresende 1996 fehlen
6 200 Empfänger bzw. 3 800 Haushalte.

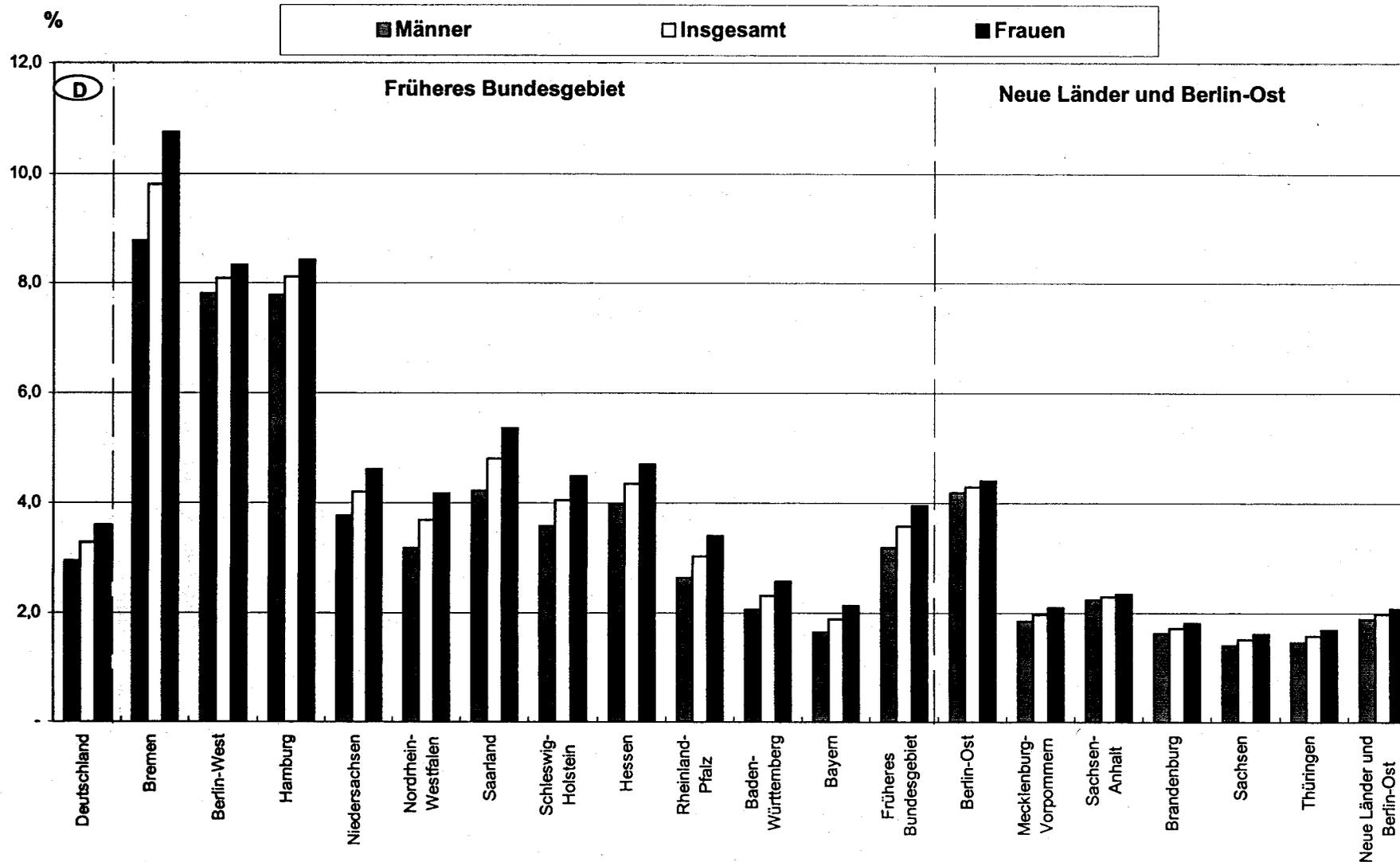
Tabelle 1.1

Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Anzahl			Sozialhilfequote in % ²⁾		
Deutschland						
Deutsche.....	2 052 461	863 971	1 188 490	2,8	2,4	3,1
Ausländer.....	636 344	311 586	324 758	8,5	7,6	9,5
Insgesamt.....	2 688 805	1 175 557	1 513 248	3,3	2,9	3,6
davon im Alter von ...						
bis unter ... Jahren						
unter 18.....	1 010 743	517 757	492 986	6,3	6,3	6,4
18-40.....	945 691	355 018	590 673	3,5	2,6	4,6
40-60.....	482 413	221 991	260 422	2,2	2,0	2,4
60 und älter.....	249 958	80 791	169 167	1,4	1,2	1,6
Früheres Bundesgebiet						
Baden-Württemberg.....	240 308	104 658	135 650	2,3	2,1	2,6
Bayern.....	227 907	96 541	131 366	1,9	1,6	2,1
Berlin-West.....	174 769	80 673	94 096	8,1	7,8	8,3
Bremen.....	66 392	28 648	37 744	9,8	8,8	10,7
Hamburg.....	138 576	64 058	74 518	8,1	7,8	8,4
Hessen.....	261 620	116 954	144 666	4,3	4,0	4,7
Niedersachsen.....	327 748	143 666	184 082	4,2	3,8	4,6
Nordrhein-Westfalen.....	661 138	276 891	384 247	3,7	3,2	4,2
Rheinland-Pfalz.....	121 095	51 570	69 525	3,0	2,6	3,4
Saarland.....	52 082	22 137	29 945	4,8	4,2	5,4
Schleswig-Holstein.....	110 847	47 918	62 929	4,0	3,6	4,5
Zusammen.....	2 382 482	1 033 714	1 348 768	3,6	3,2	4,0
Neue Länder und Berlin-Ost						
Berlin-Ost.....	55 649	26 784	28 865	4,3	4,2	4,4
Brandenburg.....	44 100	20 506	23 594	1,7	1,6	1,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	35 917	16 576	19 341	2,0	1,9	2,1
Sachsen.....	68 945	30 818	38 127	1,5	1,4	1,6
Sachsen-Anhalt.....	62 363	29 493	32 870	2,3	2,2	2,3
Thüringen.....	39 349	17 666	21 683	1,6	1,5	1,7
Zusammen.....	306 323	141 843	164 480	2,0	1,9	2,1

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.
2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1996.

Schaubild 1.1
Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Sozialhilfequote in % ²⁾



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1996.

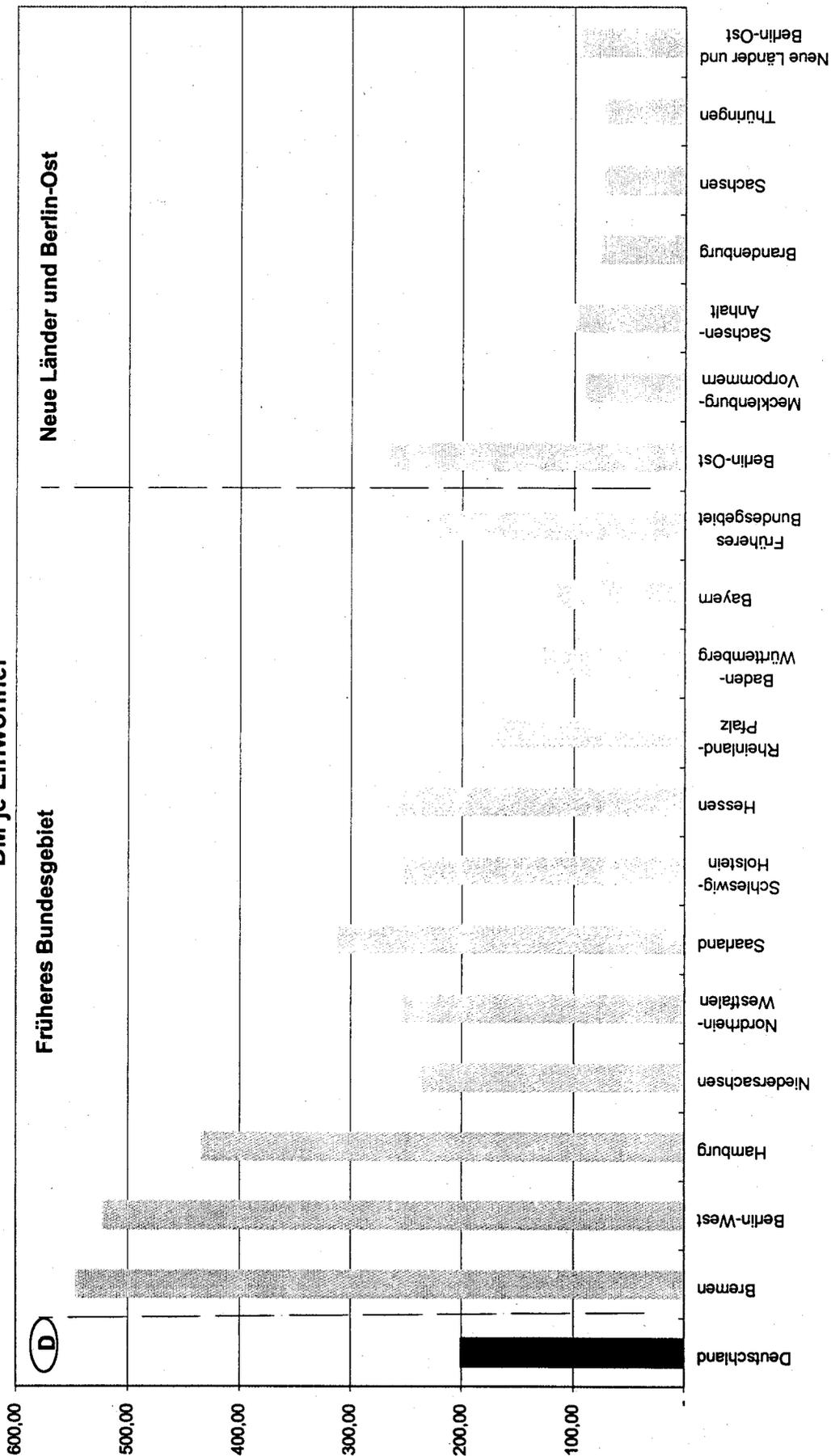
Tabelle 1.2
Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 1996
Hilfe zum Lebensunterhalt

Land	Bruttoausgaben				Einnahmen	Reine Ausgaben	
	Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt	und zwar				Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt
		laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen	davon				
			ohne Hilfe zur Arbeit	mit			
Mill. DM							DM
Deutschland							
Insgesamt	19 412,9	15 146,3	13 842,4	1 303,9	3 025,5	16 387,4	200,10
Früheres Bundesgebiet							
Baden-Württemberg	1 708,8	1 393,2	1 299,7	93,5	277,9	1 430,9	138,32
Bayern	1 712,9	1 196,7	1 132,2	64,5	304,4	1 408,4	117,22
Berlin-West	1 276,5	954,4	897,0	57,4	145,5	1 131,0	521,89
Bremen	444,5	369,4	314,8	54,5	73,6	371,0	546,52
Hamburg	860,9	640,4	596,3	44,1	119,4	741,5	434,04
Hessen	1 884,2	1 542,8	1 407,3	135,5	266,6	1 617,6	268,79
Niedersachsen	2 167,0	1 789,4	1 588,8	200,6	299,8	1 867,2	239,52
Nordrhein-Westfalen	5 337,5	4 275,1	3 948,2	326,9	766,7	4 570,8	255,16
Rheinland-Pfalz	839,0	667,5	617,2	50,3	132,0	707,0	177,38
Saarland	411,5	310,0	262,0	48,0	71,6	339,9	313,72
Schleswig-Holstein	902,1	747,5	679,4	68,1	206,5	695,6	254,58
Zusammen	17 545,0	13 886,3	12 742,8	1 143,4	2 664,1	14 880,9	223,96
Neue Länder und Berlin-Ost							
Berlin-Ost	391,3	248,3	218,9	29,4	44,2	347,1	267,15
Brandenburg	271,7	188,2	172,2	16,1	74,9	196,8	77,24
Mecklenburg-Vorpommern	195,3	145,8	130,5	15,3	28,8	166,5	91,47
Sachsen	417,9	297,4	231,6	65,9	78,3	339,6	74,53
Sachsen-Anhalt	339,3	228,4	213,4	15,0	66,5	272,8	99,86
Thüringen	252,4	151,8	133,0	18,9	68,6	183,7	73,60
Zusammen	1 867,9	1 260,0	1 099,5	160,5	361,4	1 506,5	97,50

1) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 1996.

Schaubild 1.2
Reine Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt 1996
DM je Einwohner¹⁾

DM



1) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 1996.

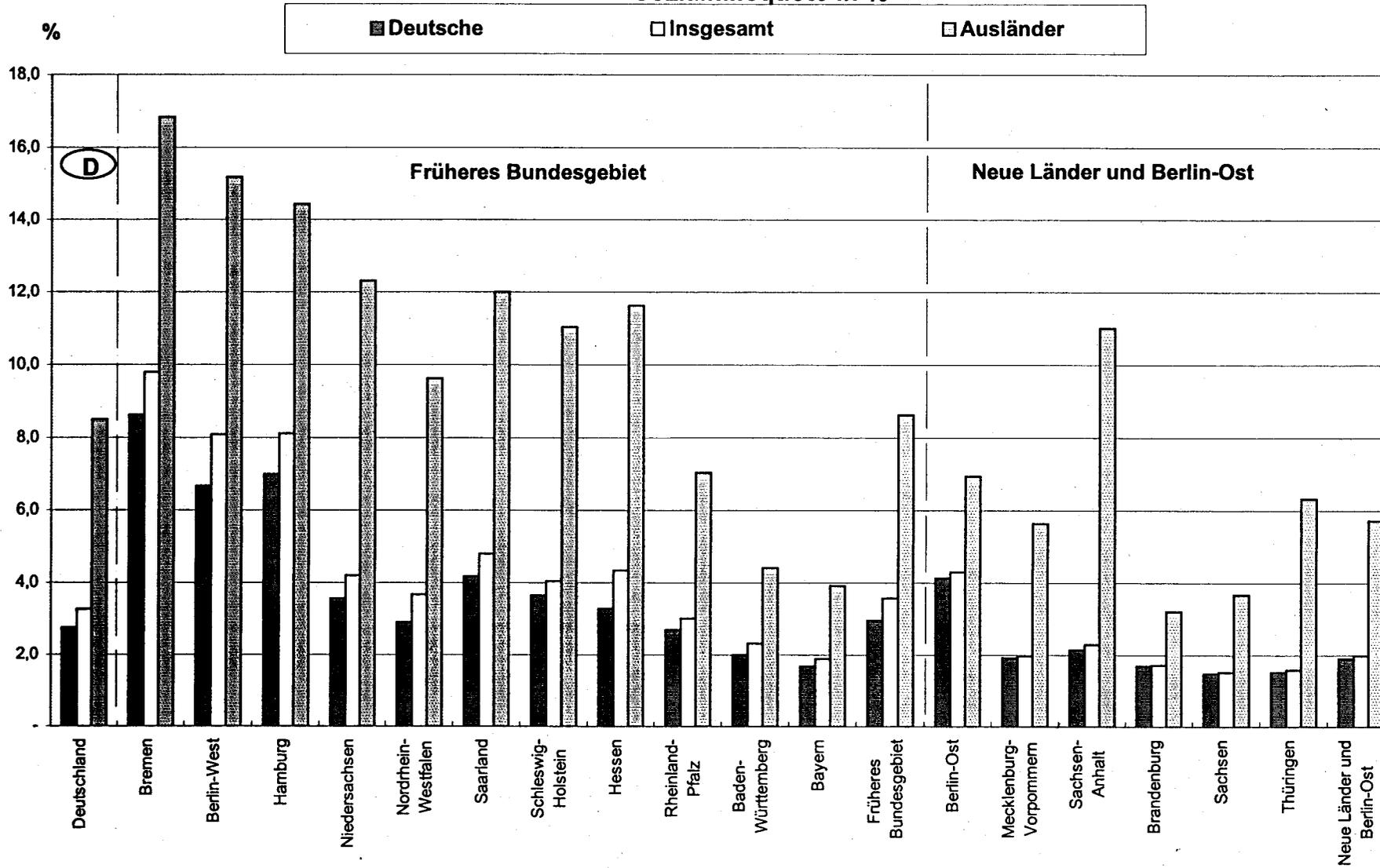
Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996

Land	Insgesamt		Deutsche			Ausländer		
	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	% Anteil (Spalte 3/ Spalte1)	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	% Anteil (Spalte 6/ Spalte1)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland								
Insgesamt	2 688 805	3,3	2 052 461	2,8	76,3	636 344	8,5	23,7
Früheres Bundesgebiet								
Baden-Württemberg	240 308	2,3	179 898	2,0	74,9	60 410	4,4	25,1
Bayern	227 907	1,9	182 857	1,7	80,2	45 050	3,9	19,8
Berlin-West	174 769	8,1	119 939	6,7	68,6	54 830	15,2	31,4
Bremen	66 392	9,8	50 039	8,6	75,4	16 353	16,8	24,6
Hamburg	138 576	8,1	101 125	7,0	73,0	37 451	14,4	27,0
Hessen	261 620	4,3	172 933	3,3	66,1	88 687	11,6	33,9
Niedersachsen	327 748	4,2	259 418	3,6	79,2	68 330	12,3	20,8
Nordrhein-Westfalen	661 138	3,7	463 183	2,9	70,1	197 955	9,6	29,9
Rheinland-Pfalz	121 095	3,0	99 862	2,7	82,5	21 233	7,0	17,5
Saarland	52 082	4,8	41 413	4,2	79,5	10 669	12,0	20,5
Schleswig-Holstein	110 847	4,0	94 983	3,7	85,7	15 864	11,0	14,3
Zusammen	2 382 482	3,6	1 765 650	3,0	74,1	616 832	8,6	25,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Berlin-Ost	55 649	4,3	50 514	4,1	90,8	5 135	6,9	9,2
Brandenburg	44 100	1,7	42 235	1,7	95,8	1 865	3,2	4,2
Mecklenburg-Vorpommern	35 917	2,0	34 208	1,9	95,2	1 709	5,6	4,8
Sachsen	68 945	1,5	65 274	1,5	94,7	3 671	3,7	5,3
Sachsen-Anhalt	62 363	2,3	57 357	2,1	92,0	5 006	11,0	8,0
Thüringen	39 349	1,6	37 223	1,5	94,6	2 126	6,3	5,4
Zusammen	306 323	2,0	286 811	1,9	93,6	19 512	5,7	6,4

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

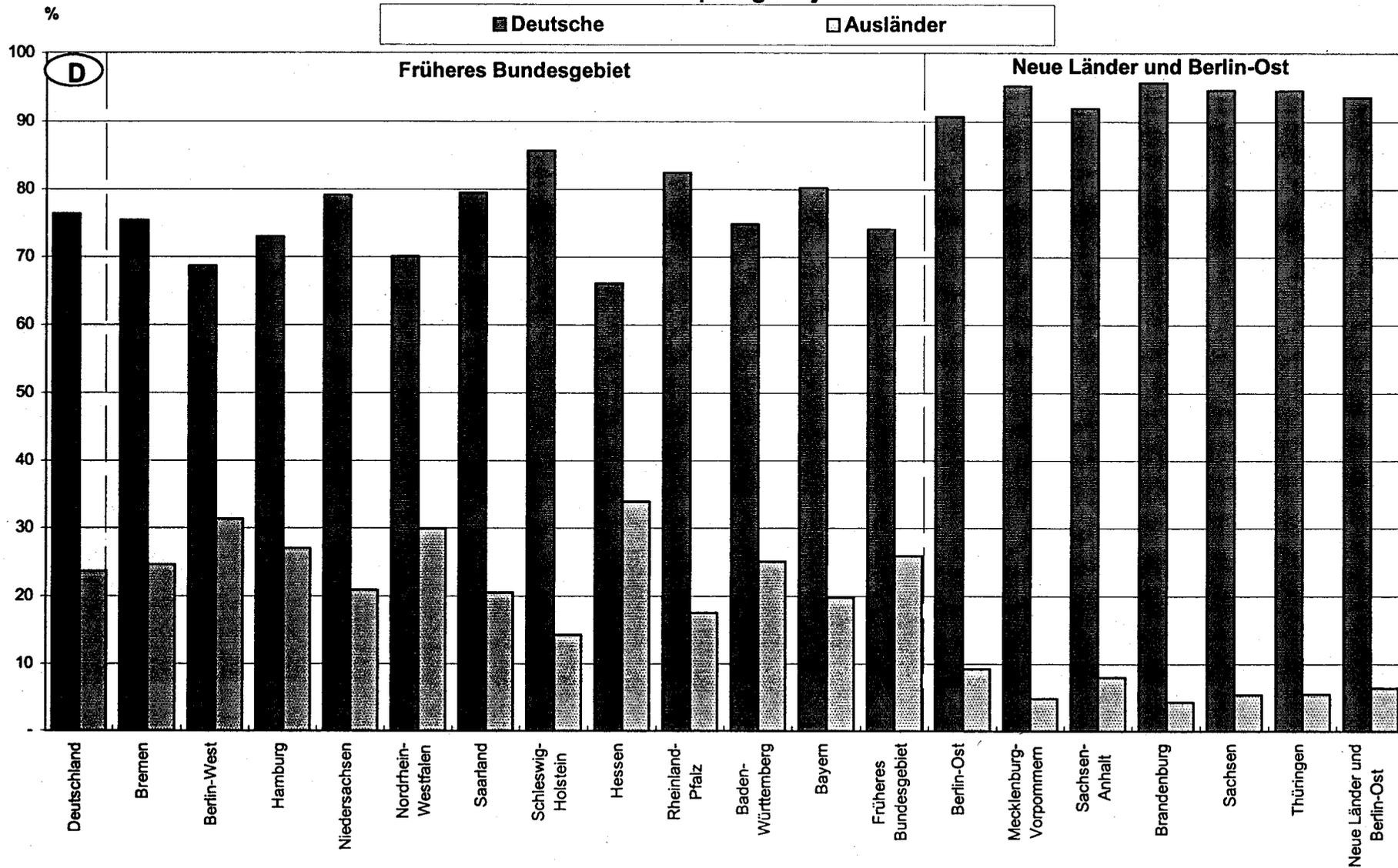
2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1996.

Schaubild 2.1.1
Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Sozialhilfequote in % ²⁾



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.
2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1996.

Schaubild 2.1.2
Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Anteil an den Empfängern je Land



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

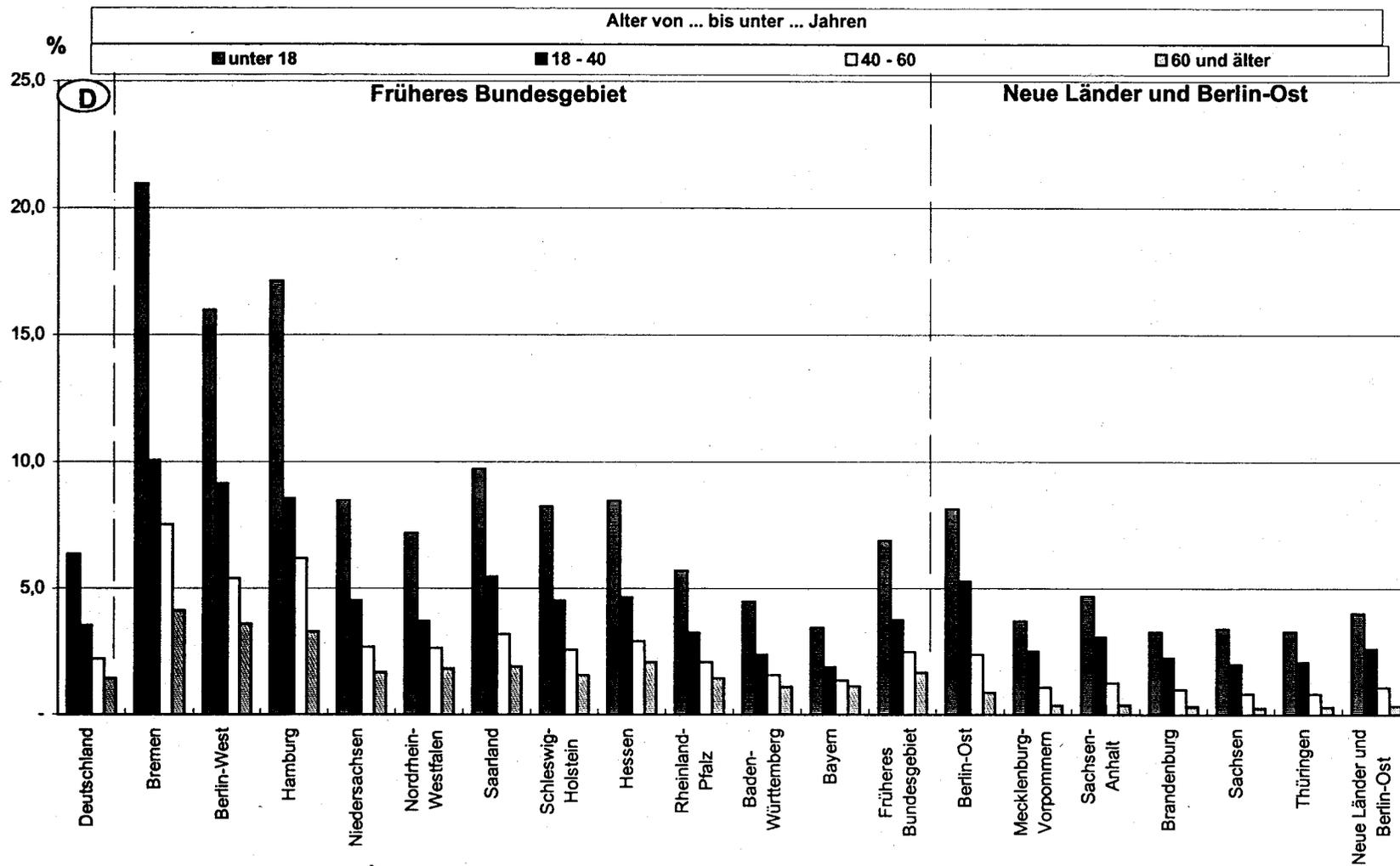
Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 1996

Land	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
		unter 18		18 - 40		40 - 60		60 und älter	
	Anzahl	Anzahl	Sozial- hilfequote 2)	Anzahl	Sozial- hilfequote 2)	Anzahl	Sozial- hilfequote 2)	Anzahl	Sozial- hilfequote 2)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Insgesamt	2 688 805	1 010 743	6,3	945 691	3,5	482 413	2,2	249 958	1,4
Früheres Bundesgebiet									
Baden-Württemberg	240 308	93 597	4,5	82 277	2,4	41 636	1,5	22 798	1,1
Bayern	227 907	82 285	3,5	75 378	1,9	42 214	1,3	28 030	1,1
Berlin-West	174 769	58 604	16,0	66 421	9,1	33 946	5,4	15 798	3,6
Bremen	66 392	23 784	20,9	22 082	10,1	13 951	7,5	6 575	4,1
Hamburg	138 576	47 045	17,1	50 501	8,5	28 301	6,2	12 729	3,3
Hessen	261 620	94 655	8,5	92 505	4,7	47 673	2,9	26 787	2,1
Niedersachsen	327 748	130 412	8,5	114 233	4,5	54 688	2,7	28 415	1,7
Nordrhein-Westfalen	661 138	250 513	7,2	215 179	3,7	124 338	2,6	71 108	1,8
Rheinland-Pfalz	121 095	45 056	5,7	41 628	3,3	21 634	2,1	12 777	1,4
Saarland	52 082	19 360	9,7	18 503	5,4	9 386	3,2	4 833	1,9
Schleswig-Holstein	110 847	42 464	8,2	39 719	4,5	19 404	2,6	9 260	1,6
Zusammen	2 382 482	887 775	6,9	818 426	3,8	437 171	2,5	239 110	1,7
Neue Länder und Berlin-Ost									
Berlin-Ost	55 649	20 639	8,1	24 858	5,3	8 298	2,4	1 854	0,8
Brandenburg	44 100	17 313	3,3	18 348	2,3	6 859	1,0	1 580	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	35 917	14 652	3,7	14 843	2,5	5 216	1,1	1 206	0,3
Sachsen	68 945	29 140	3,4	27 191	2,0	10 072	0,8	2 542	0,2
Sachsen-Anhalt	62 363	24 908	4,7	25 951	3,1	9 273	1,2	2 231	0,4
Thüringen	39 349	16 316	3,3	16 074	2,1	5 524	0,8	1 435	0,3
Zusammen	306 323	122 968	4,0	127 265	2,6	45 242	1,1	10 848	0,3

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1996.

Schaubild 3.1
Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Sozialhilfequote ²⁾



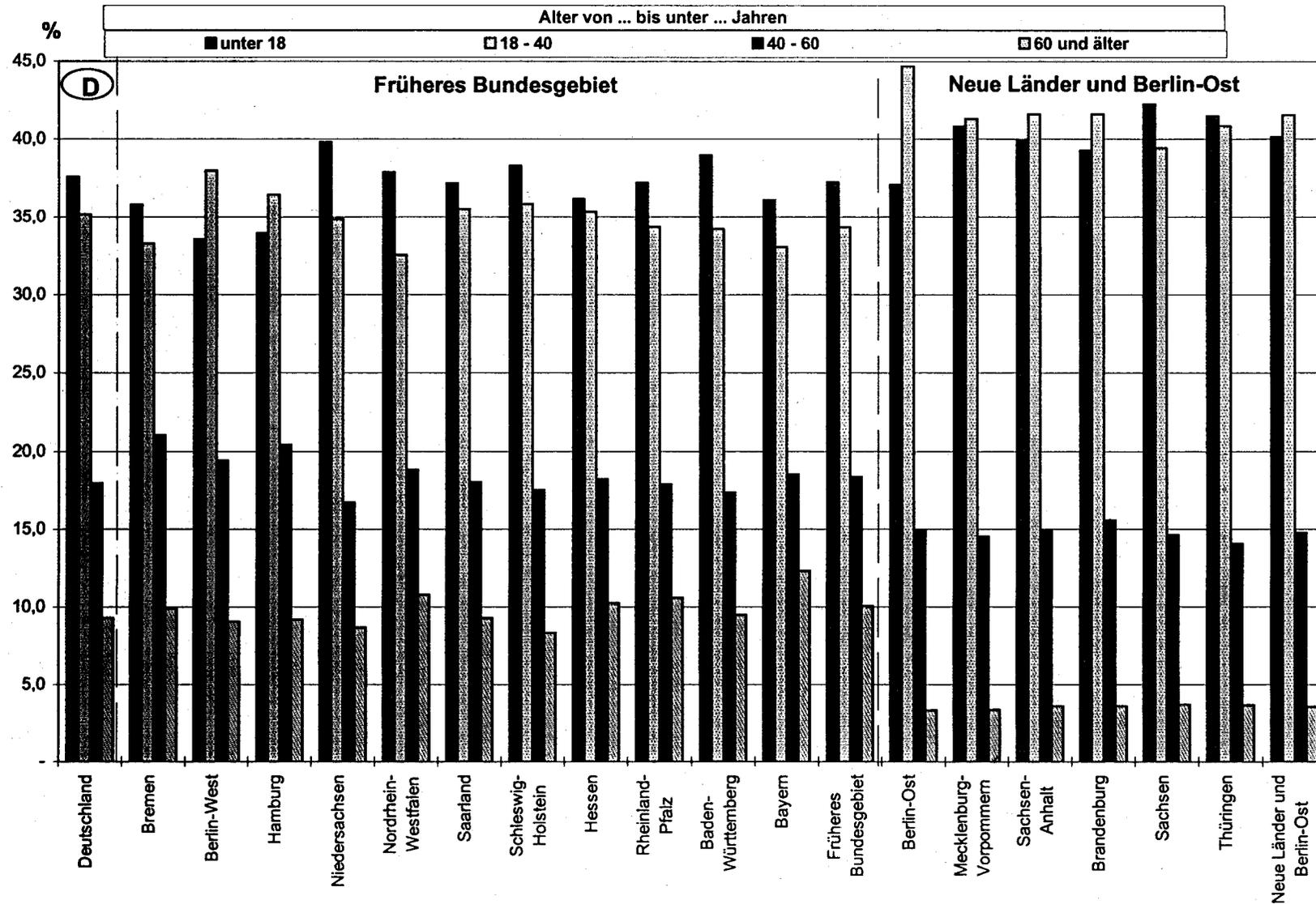
1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.
2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1996.

Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996

Land	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
		unter 18		18 - 40		40 - 60		60 und älter	
	Anzahl	Anzahl	% Anteil (Spalte 2/ Spalte1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 4/ Spalte1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 6/ Spalte1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 8/ Spalte1)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Insgesamt	2 688 805	1 010 743	37,6	945 691	35,2	482 413	17,9	249 958	9,3
Früheres Bundesgebiet									
Baden-Württemberg	240 308	93 597	38,9	82 277	34,2	41 636	17,3	22 798	9,5
Bayern	227 907	82 285	36,1	75 378	33,1	42 214	18,5	28 030	12,3
Berlin-West	174 769	58 604	33,5	66 421	38,0	33 946	19,4	15 798	9,0
Bremen	66 392	23 784	35,8	22 082	33,3	13 951	21,0	6 575	9,9
Hamburg	138 576	47 045	33,9	50 501	36,4	28 301	20,4	12 729	9,2
Hessen	261 620	94 655	36,2	92 505	35,4	47 673	18,2	26 787	10,2
Niedersachsen	327 748	130 412	39,8	114 233	34,9	54 688	16,7	28 415	8,7
Nordrhein-Westfalen	661 138	250 513	37,9	215 179	32,5	124 338	18,8	71 108	10,8
Rheinland-Pfalz	121 095	45 056	37,2	41 628	34,4	21 634	17,9	12 777	10,6
Saarland	52 082	19 360	37,2	18 503	35,5	9 386	18,0	4 833	9,3
Schleswig-Holstein	110 847	42 464	38,3	39 719	35,8	19 404	17,5	9 260	8,4
Zusammen	2 382 482	887 775	37,3	818 426	34,4	437 171	18,3	239 110	10,0
Neue Länder und Berlin-Ost									
Berlin-Ost	55 649	20 639	37,1	24 858	44,7	8 298	14,9	1 854	3,3
Brandenburg	44 100	17 313	39,3	18 348	41,6	6 859	15,6	1 580	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	35 917	14 652	40,8	14 843	41,3	5 216	14,5	1 206	3,4
Sachsen	68 945	29 140	42,3	27 191	39,4	10 072	14,6	2 542	3,7
Sachsen-Anhalt	62 363	24 908	39,9	25 951	41,6	9 273	14,9	2 231	3,6
Thüringen	39 349	16 316	41,5	16 074	40,8	5 524	14,0	1 435	3,6
Zusammen	306 323	122 968	40,1	127 265	41,5	45 242	14,8	10 848	3,5

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Schaubild 3.2
Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Anteil an den Empfängern je Land



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996

Haushaltsgröße

Land	Haushalte insgesamt ²⁾	Davon mit einer Haushaltsgröße von ... Personen							
		1		2		3		4 und mehr	
	Anzahl	% Anteil (Spalte 2/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 4/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 8/ Spalte 1)	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Insgesamt	1 181 912	594 242	50,3	266 466	22,5	163 492	13,8	157 712	13,3
Früheres Bundesgebiet									
Baden-Württemberg.....	102 074	46 839	45,9	25 866	25,3	15 179	14,9	14 190	13,9
Bayern.....	106 377	54 111	50,9	26 696	25,1	14 533	13,7	11 037	10,4
Berlin-West.....	84 223	50 371	59,8	15 424	18,3	9 590	11,4	8 838	10,5
Bremen.....	31 096	18 270	58,8	6 366	20,5	3 455	11,1	3 005	9,7
Hamburg.....	70 201	42 012	59,8	12 848	18,3	7 955	11,3	7 386	10,5
Hessen.....	118 057	60 835	51,5	24 831	21,0	15 710	13,3	16 681	14,1
Niedersachsen.....	134 769	62 676	46,5	29 996	22,3	19 824	14,7	22 273	16,5
Nordrhein-Westfalen.....	287 090	144 226	50,2	66 212	23,1	38 868	13,5	37 784	13,2
Rheinland-Pfalz.....	48 476	22 173	45,7	11 712	24,2	7 161	14,8	7 430	15,3
Saarland.....	21 932	10 543	48,1	5 173	23,6	3 024	13,8	3 192	14,6
Schleswig-Holstein.....	47 416	23 646	49,9	10 808	22,8	6 760	14,3	6 202	13,1
Zusammen	1 051 711	535 702	50,9	235 932	22,4	142 059	13,5	138 018	13,1
Neue Länder und Berlin-Ost									
Berlin-Ost.....	26 925	14 834	55,1	5 510	20,5	3 619	13,4	2 962	11,0
Brandenburg.....	18 854	8 476	45,0	4 493	23,8	3 099	16,4	2 786	14,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	14 656	6 234	42,5	3 495	23,8	2 542	17,3	2 385	16,3
Sachsen.....	27 019	10 508	38,9	6 740	24,9	5 083	18,8	4 688	17,4
Sachsen-Anhalt.....	26 608	12 135	45,6	5 993	22,5	4 165	15,7	4 315	16,2
Thüringen.....	16 139	6 353	39,4	4 303	26,7	2 925	18,1	2 558	15,8
Zusammen	130 201	58 540	45,0	30 534	23,5	21 433	16,5	19 694	15,1

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

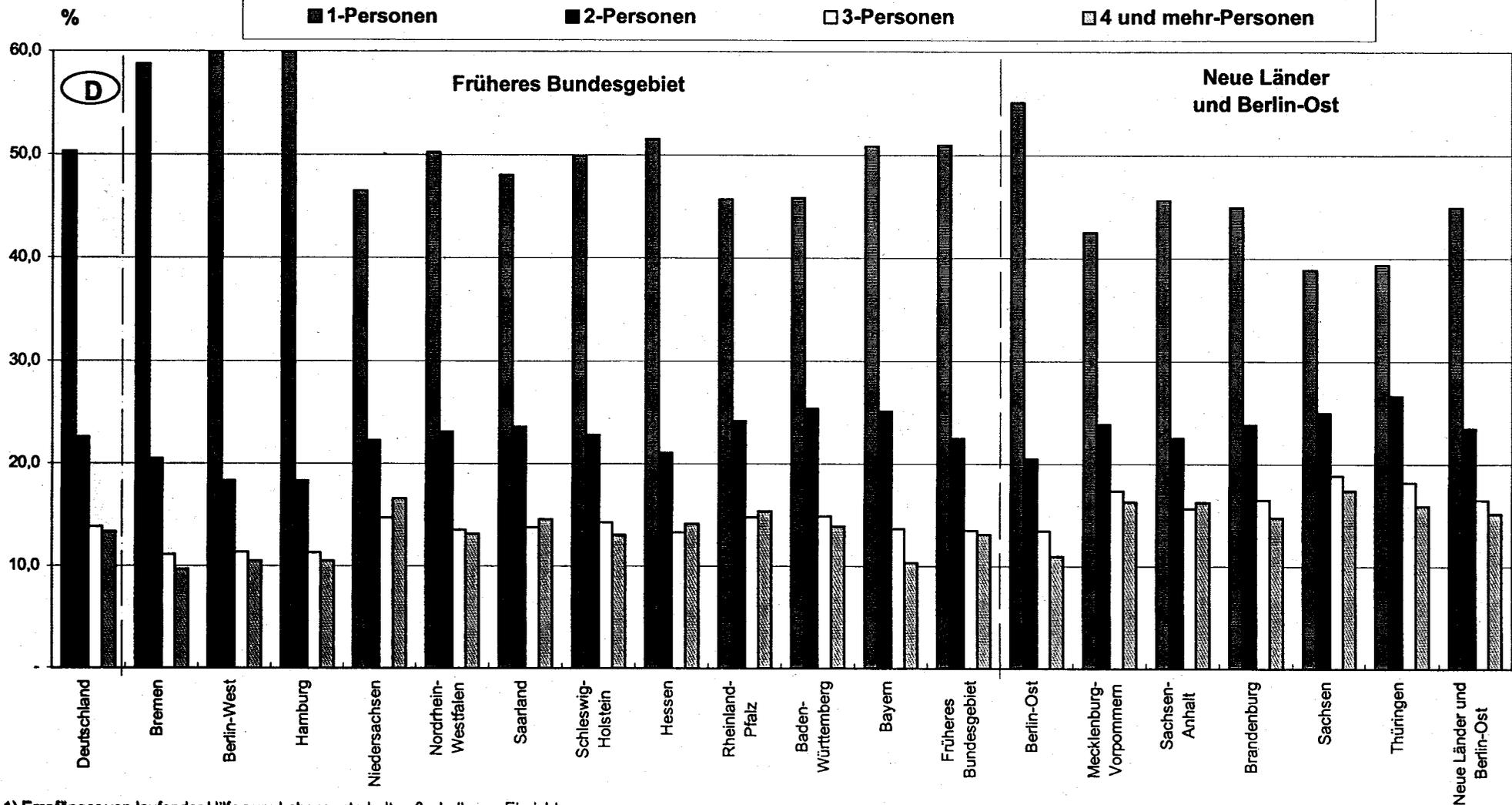
2) Nicht enthalten sind hier rund 200 000 Bedarfsgemeinschaften, die mit Personen in einem Haushalt leben, die selber nicht Sozialhilfe beziehen.

Schaubild 4.1

Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996
Haushaltsgröße ²⁾

Anteil an den Empfängerhaushalten je Land

Empfängerhaushalte mit einer Haushaltsgröße von ...



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Nicht enthalten sind hier rund 200 000 Bedarfsgemeinschaften, die mit Personen in einem Haushalt leben, die selber nicht Sozialhilfe beziehen.

Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996

Haushaltstyp

Land	Haushalte insgesamt	Davon							
		Ehepaare ohne mit Kinder(n) ²⁾		insgesamt	Alleinstehende Männer Frauen		Alleinerziehende Männer Frauen		Sonstige Haushalte
Deutschland									
Insgesamt	1 377 945	94 489	173 042	564 335	255 405	308 930	9 414	303 947	232 718
Früheres Bundesgebiet									
Baden-Württemberg	119 921	8 788	15 162	43 715	20 943	22 772	781	30 556	20 919
Bayern	123 355	9 196	12 507	50 779	23 018	27 761	688	30 724	19 461
Boden-West	98 425	5 874	11 625	54 886	28 307	26 579	830	18 161	7 049
Bremen	36 652	2 496	3 906	17 733	7 899	9 834	278	8 065	4 174
Hamburg	77 165	5 027	9 418	38 002	19 821	18 181	524	14 724	9 470
Hessen	132 577	9 559	18 276	55 207	25 731	29 476	829	25 143	23 563
Niedersachsen	154 689	10 241	21 821	56 015	23 543	32 472	944	32 686	32 982
Northrhine-Westfalen	341 199	27 207	44 956	132 774	47 845	84 929	2 502	73 061	60 699
Rhinland-Pfalz	60 227	4 303	7 540	23 454	8 980	14 474	397	12 208	12 325
Saarland	26 360	1 766	3 474	10 561	3 913	6 648	178	5 161	5 220
Schleswig-Holstein	57 333	3 272	6 574	24 079	10 575	13 504	355	13 454	9 599
Zusammen	1 227 903	87 729	155 259	507 205	220 575	286 630	8 306	263 943	205 461
Neue Länder und Berlin-Ost									
Berlin-Ost	29 926	1 148	3 044	15 642	10 136	5 506	282	7 579	2 231
Brandenburg	21 914	986	2 485	7 953	4 793	3 160	159	5 590	4 741
Mecklenburg-Vorpommern	17 250	720	1 943	6 185	3 787	2 398	128	4 766	3 508
Sachsen	32 360	1 565	4 282	10 579	5 968	4 611	209	9 456	6 269
Sachsen-Anhalt	29 976	1 352	3 569	11 138	6 954	4 184	221	7 286	6 410
Thüringen	18 616	989	2 460	5 633	3 192	2 441	109	5 327	4 098
Zusammen	150 042	6 760	17 783	57 130	34 830	22 300	1 108	40 004	27 257

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996

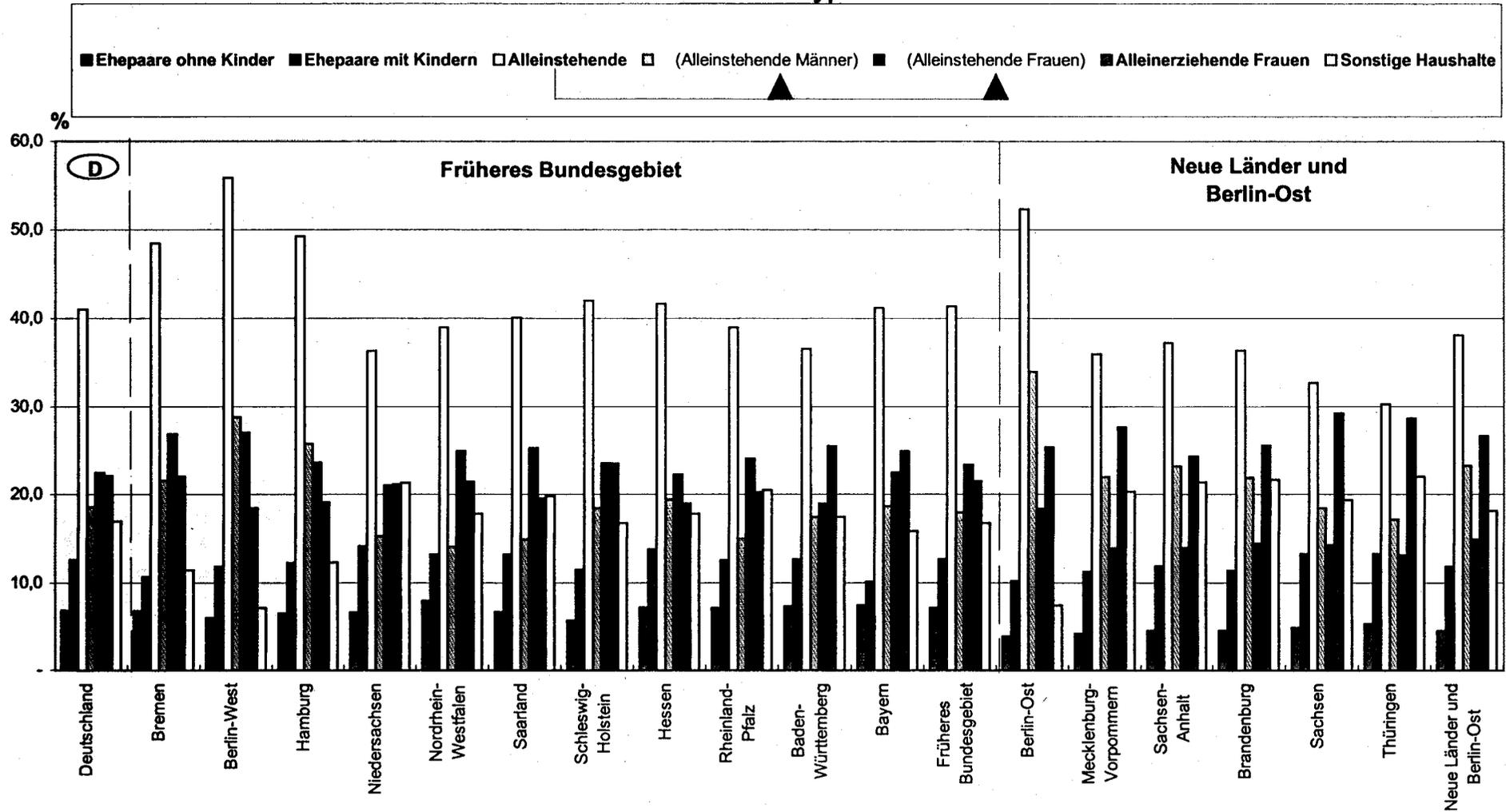
Haushaltstyp

Land	Haushalte insgesamt	Davon							
		Ehepaare		insgesamt	Alleinstehende		Alleinerziehende		Sonstige Haushalte
		ohne Kinder(n) ²⁾	mit		Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Anzahl	Anteil vom insgesamt in %								
Deutschland									
Insgesamt	1 377 945	6,9	12,6	41,0	18,5	22,4	0,7	22,1	16,9
Früheres Bundesgebiet									
Baden-Württemberg	119 921	7,3	12,6	36,5	17,5	19,0	0,7	25,5	17,4
Bayern	123 355	7,5	10,1	41,2	18,7	22,5	0,6	24,9	15,8
Berlin-West	98 425	6,0	11,8	55,8	28,8	27,0	0,8	18,5	7,2
Bremen	36 652	6,8	10,7	48,4	21,6	26,8	0,8	22,0	11,4
Hamburg	77 165	6,5	12,2	49,2	25,7	23,6	0,7	19,1	12,3
Hessen	132 577	7,2	13,8	41,6	19,4	22,2	0,6	19,0	17,8
Niedersachsen	154 689	6,6	14,1	36,2	15,2	21,0	0,6	21,1	21,3
Nordrhein-Westfalen	341 199	8,0	13,2	38,9	14,0	24,9	0,7	21,4	17,8
Rheinland-Pfalz	60 227	7,1	12,5	38,9	14,9	24,0	0,7	20,3	20,5
Saarland	26 360	6,7	13,2	40,1	14,8	25,2	0,7	19,6	19,8
Schleswig-Holstein	57 333	5,7	11,5	42,0	18,4	23,6	0,6	23,5	16,7
Zusammen	1 227 903	7,1	12,6	41,3	18,0	23,3	0,7	21,5	16,7
Neue Länder und Berlin-Ost									
Berlin-Ost	29 926	3,8	10,2	52,3	33,9	18,4	0,9	25,3	7,5
Brandenburg	21 914	4,5	11,3	36,3	21,9	14,4	0,7	25,5	21,6
Mecklenburg-Vorpommern	17 250	4,2	11,3	35,9	22,0	13,9	0,7	27,6	20,3
Sachsen	32 360	4,8	13,2	32,7	18,4	14,2	0,6	29,2	19,4
Sachsen-Anhalt	29 976	4,5	11,9	37,2	23,2	14,0	0,7	24,3	21,4
Thüringen	18 616	5,3	13,2	30,3	17,1	13,1	0,6	28,6	22,0
Zusammen	150 042	4,5	11,9	38,1	23,2	14,9	0,7	26,7	18,2

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Schaubild 4.2
Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996
Haushaltstyp



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996

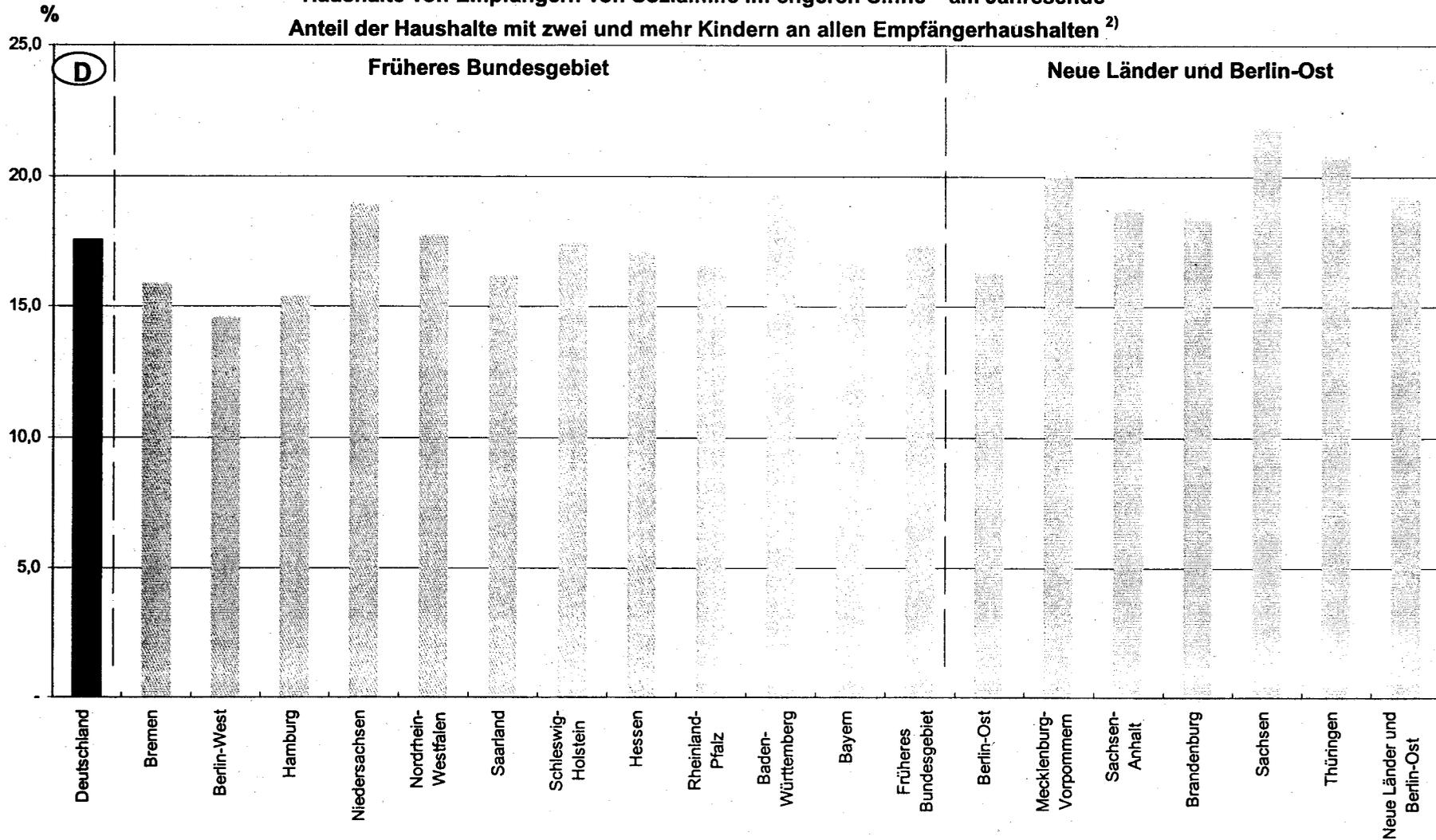
Land	Haushalte insgesamt	Darunter					
		Ausgewählte Haushalte mit 2 und mehr Kindern ²⁾		Davon			
		Anzahl	% Anteil (Spalte 2/ Spalte 1)	Ehepaare mit 2 und mehr Kindern ²⁾		Alleinerziehende Frauen mit 2 und mehr Kindern ²⁾	
				Anzahl	% Anteil (Spalte 4/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)
1	2	3	4	5	6	7	
Deutschland							
Insgesamt	1 377 945	241 731	17,5	109 458	7,9	132 273	9,6
Früheres Bundesgebiet							
Baden-Württemberg.....	119 921	23 226	19,4	9 734	8,1	13 492	11,3
Bayern.....	123 355	20 576	16,7	7 388	6,0	13 188	10,7
Berlin-West.....	98 425	14 356	14,6	6 962	7,1	7 394	7,5
Bremen.....	36 652	5 825	15,9	2 490	6,8	3 335	9,1
Hamburg.....	77 165	11 913	15,4	5 580	7,2	6 333	8,2
Hessen.....	132 577	22 728	17,1	11 795	8,9	10 933	8,2
Niedersachsen.....	154 689	29 387	19,0	14 567	9,4	14 820	9,6
Nordrhein-Westfalen.....	341 199	60 497	17,7	28 483	8,3	32 014	9,4
Rheinland-Pfalz.....	60 227	9 980	16,6	4 847	8,0	5 133	8,5
Saarland.....	26 360	4 284	16,3	2 258	8,6	2 026	7,7
Schleswig-Holstein.....	57 333	10 019	17,5	4 234	7,4	5 785	10,1
Zusammen	1 227 903	212 791	17,3	98 338	8,0	114 453	9,3
Neue Länder und Berlin-Ost							
Berlin-Ost.....	29 926	4 890	16,3	1 728	5,8	3 162	10,6
Brandenburg.....	21 914	4 039	18,4	1 569	7,2	2 470	11,3
Mecklenburg-Vorpommern.....	17 250	3 456	20,0	1 255	7,3	2 201	12,8
Sachsen.....	32 360	7 062	21,8	2 671	8,3	4 391	13,6
Sachsen-Anhalt.....	29 976	5 625	18,8	2 334	7,8	3 291	11,0
Thüringen.....	18 616	3 868	20,8	1 563	8,4	2 305	12,4
Zusammen	150 042	28 940	19,3	11 120	7,4	17 820	11,9

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Schaubild 4.3

Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende
Anteil der Haushalte mit zwei und mehr Kindern an allen Empfängerhaushalten ²⁾



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Zur Berechnung wurden folgende Haushalte herangezogen:

- Ehepaare mit 2 und mehr Kindern;
- Alleinerziehende Frauen mit zwei und mehr Kindern.

Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996

Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung

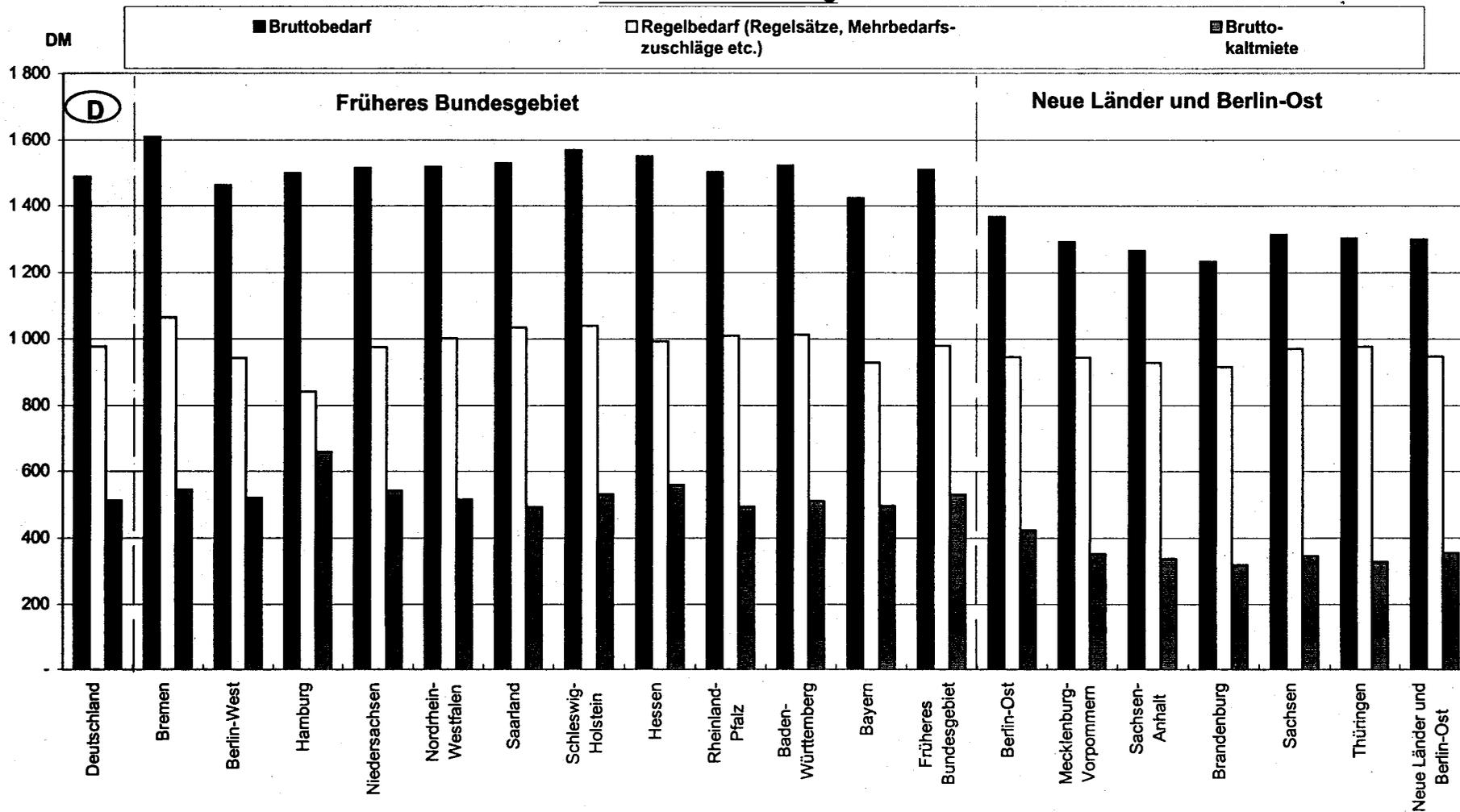
Land	Haushalte insgesamt	Durchschnittliche monatliche Zahlbeträge in DM				
		Brutto- bedarf	davon		angerech- netes Einkommen	Netto- anspruch
			Brutto- kalt- miete	Regel- bedarf ²⁾		
Anzahl	DM					
Deutschland						
Insgesamt	1 377 945	1 488	512	976	688	800
Früheres Bundesgebiet						
Baden-Württemberg.....	119 921	1 524	511	1 013	725	798
Bayern.....	123 355	1 425	497	928	700	725
Berlin-West.....	98 425	1 462	521	941	702	759
Bremen.....	36 652	1 609	545	1 064	783	826
Hamburg.....	77 165	1 500	659	841	765	735
Hessen.....	132 577	1 551	559	992	646	905
Niedersachsen.....	154 689	1 516	542	974	723	793
Nordrhein-Westfalen.....	341 199	1 518	516	1 002	631	888
Rheinland-Pfalz.....	60 227	1 503	494	1 009	698	805
Saarland.....	26 360	1 529	494	1 035	723	806
Schleswig-Holstein.....	57 333	1 570	531	1 039	799	771
Zusammen	1 227 903	1 511	531	980	692	819
Neue Länder und Berlin-Ost						
Berlin-Ost.....	29 926	1 368	423	945	612	755
Brandenburg.....	21 914	1 232	317	915	629	603
Meklenburg-Vorpommern.....	17 250	1 293	350	943	686	607
Sachsen.....	32 360	1 315	345	970	719	596
Sachsen-Anhalt.....	29 976	1 265	337	928	625	639
Thüringen.....	18 616	1 304	327	977	692	612
Zusammen	150 042	1 300	353	947	659	641

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Regelsätze, Mehrbedarfzuschläge etc.

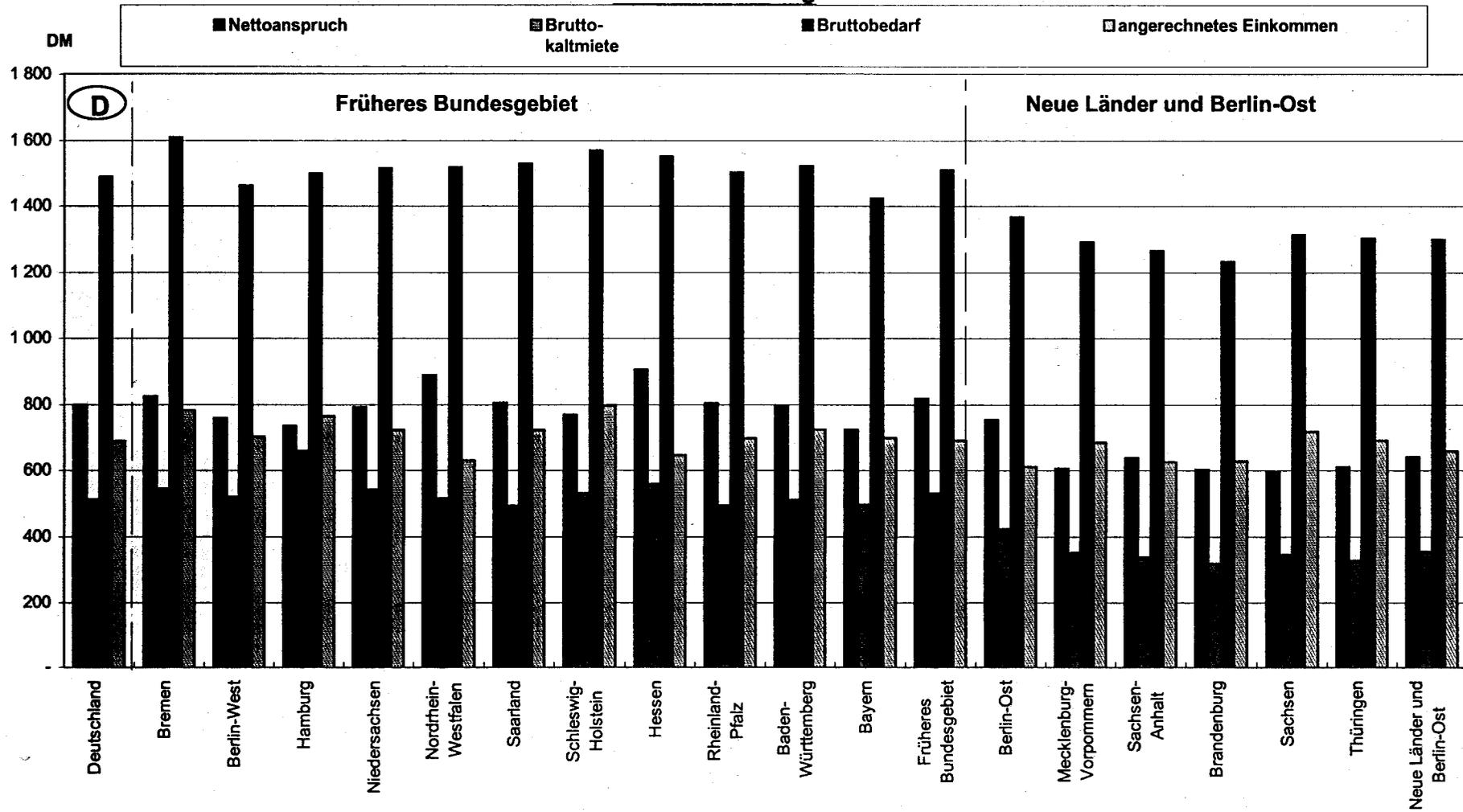
Schaubild 5.1.1

Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Durchschnittliche monatliche Beträge in DM
Bedarfsentstehung



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Schaubild 5.1.2
Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Durchschnittliche monatliche Beträge in DM
Bedarfsdeckung



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996

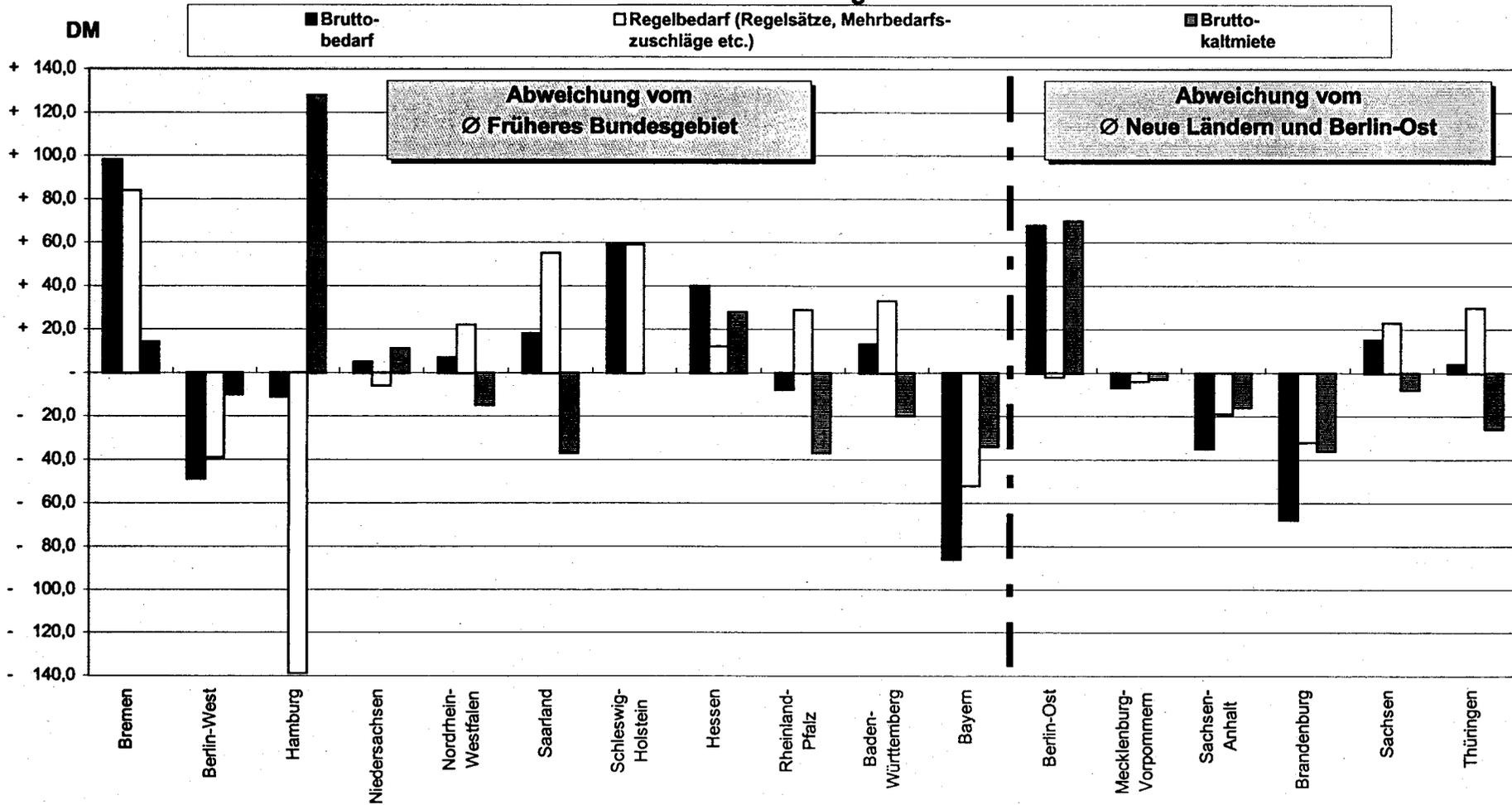
Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung

Land	Durchschnittliche monatliche Zahlbeträge in DM				
	Brutto- bedarf	davon		angerech- netes Einkommen	Netto- anspruch
		Brutto- kalt- miete	Regel- bedarf ²⁾		
DM					
Früheres Bundesgebiet					
Zusammen.....	1 511	531	980	692	819
Abweichung vom Ø Früheres Bundesgebiet in DM					
Baden-Württemberg.....	+ 13	- 20	+ 33	+ 33	- 21
Bayern.....	- 86	- 34	- 52	+ 8	- 94
Berlin West.....	- 49	- 10	- 39	+ 10	- 60
Bremen.....	+ 98	+ 14	+ 84	+ 91	+ 7
Hamburg.....	- 11	+ 128	- 139	+ 73	- 84
Hessen.....	+ 40	+ 28	+ 12	- 46	+ 86
Niedersachsen.....	+ 5	+ 11	- 6	+ 31	- 26
Nordrhein-Westfalen.....	+ 7	- 15	+ 22	- 61	+ 69
Rheinland-Pfalz.....	- 8	- 37	+ 29	+ 6	- 14
Saarland.....	+ 18	- 37	+ 55	+ 31	- 13
Schleswig-Holstein.....	+ 59	0	+ 59	+ 107	- 48
Neue Länder und Berlin-Ost					
Zusammen.....	1 300	353	947	659	641
Abweichung vom Ø Neue Länder und Berlin-Ost in DM					
Berlin Ost.....	+ 68	+ 70	- 2	- 47	+ 114
Brandenburg.....	- 68	- 36	- 32	- 30	- 38
Mecklenburg-Vorpommern.....	- 7	- 3	- 4	+ 27	- 34
Sachsen.....	+ 15	- 8	+ 23	+ 60	- 45
Sachsen-Anhalt.....	- 35	- 16	- 19	- 34	- 2
Thüringen.....	+ 4	- 26	+ 30	+ 33	- 29

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Regelsätze, Mehrbedarfzuschläge etc.

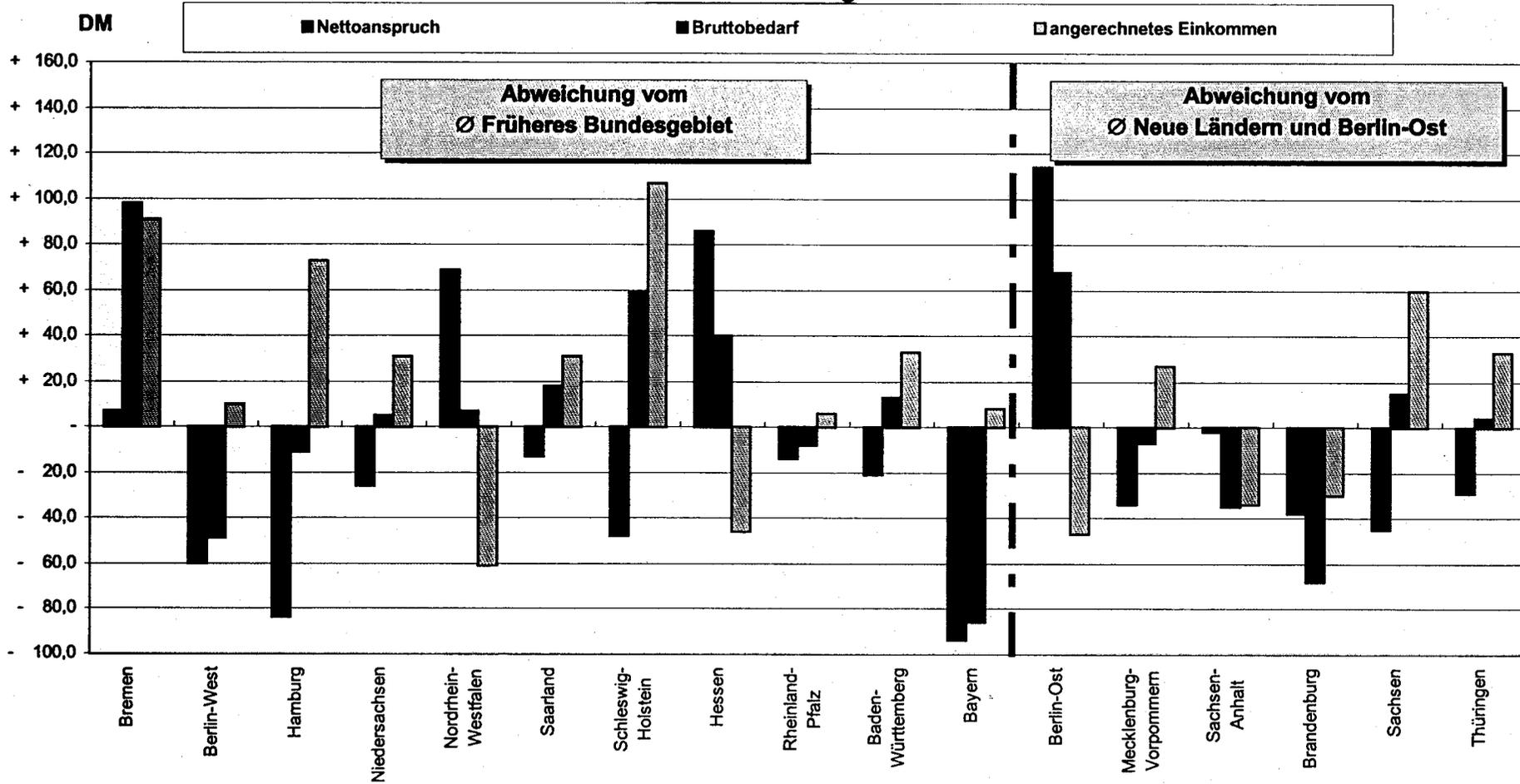
Schaubild 5.2.1
Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Abweichung der durchschnittlichen monatlichen Zahlbeträge vom
jeweiligen Durchschnitt in DM
Bedarfsentstehung



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

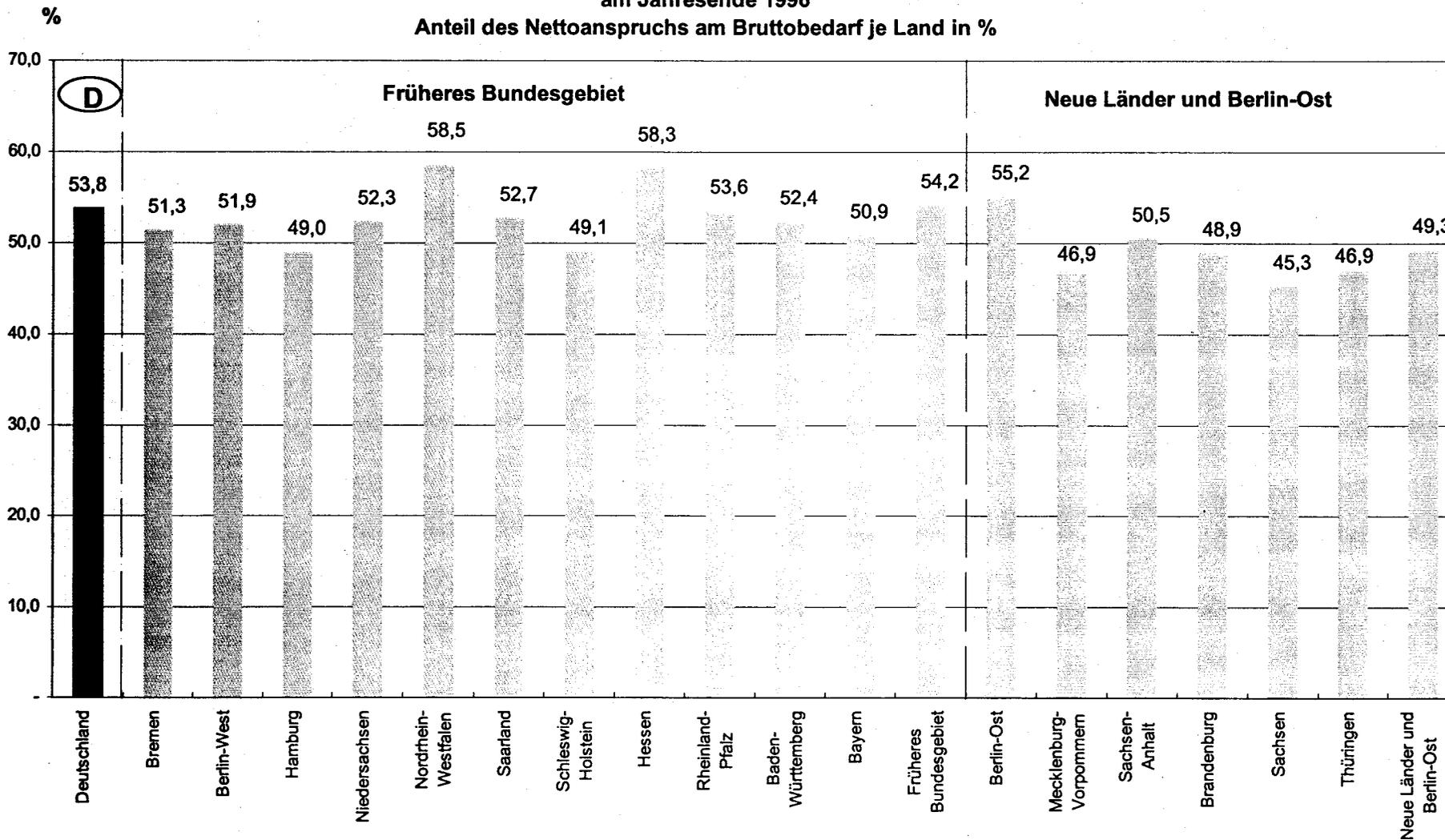
Schaubild 5.2.2

Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Abweichung der durchschnittlichen monatlichen Zahlbeträge vom
jeweiligen Durchschnitt in DM
Bedarfsdeckung



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Schaubild 5.3
Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 1996
Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf je Land in %

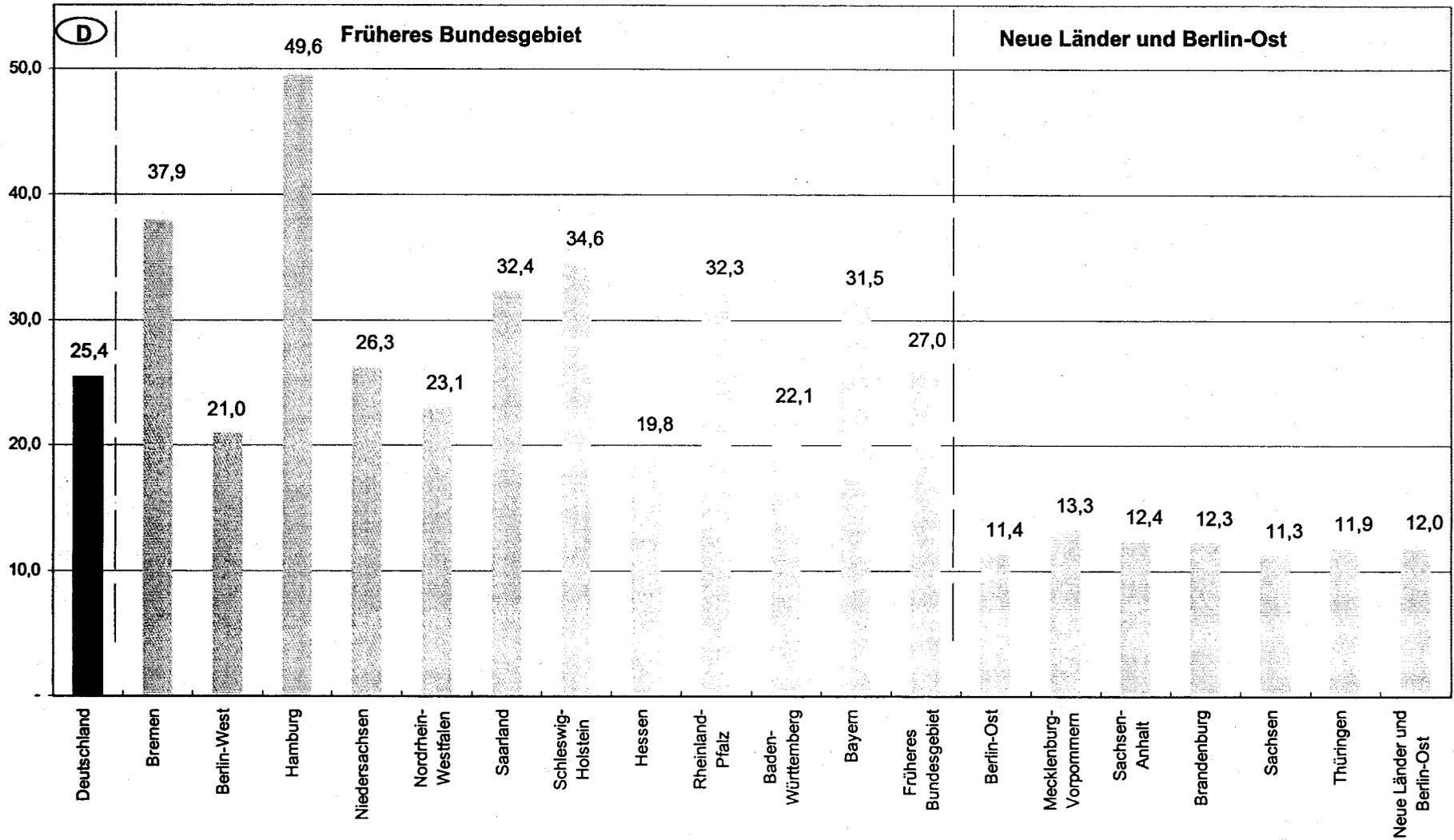


1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Schaubild 6.1

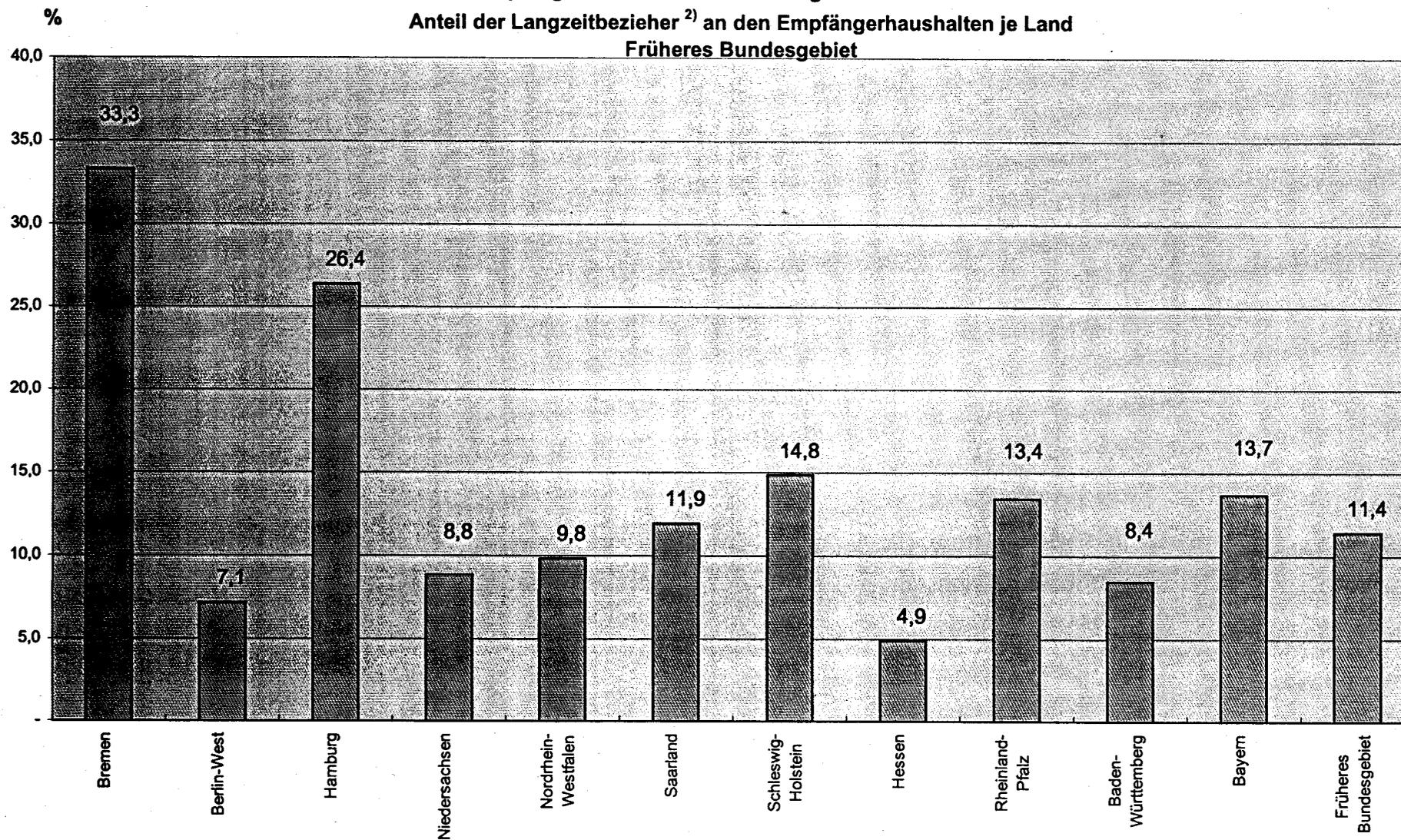
Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Bisherige Dauer des Sozialhilfebezugs in Monaten

Monate



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Schaubild 6.2
Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 1996
Anteil der Langzeitbezieher ²⁾ an den Empfängerhaushalten je Land
Früheres Bundesgebiet



1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Als Langzeitbezieher werden Haushalte bezeichnet, deren bisherige Sozialhilfebezugsdauer fünf Jahre und länger beträgt.

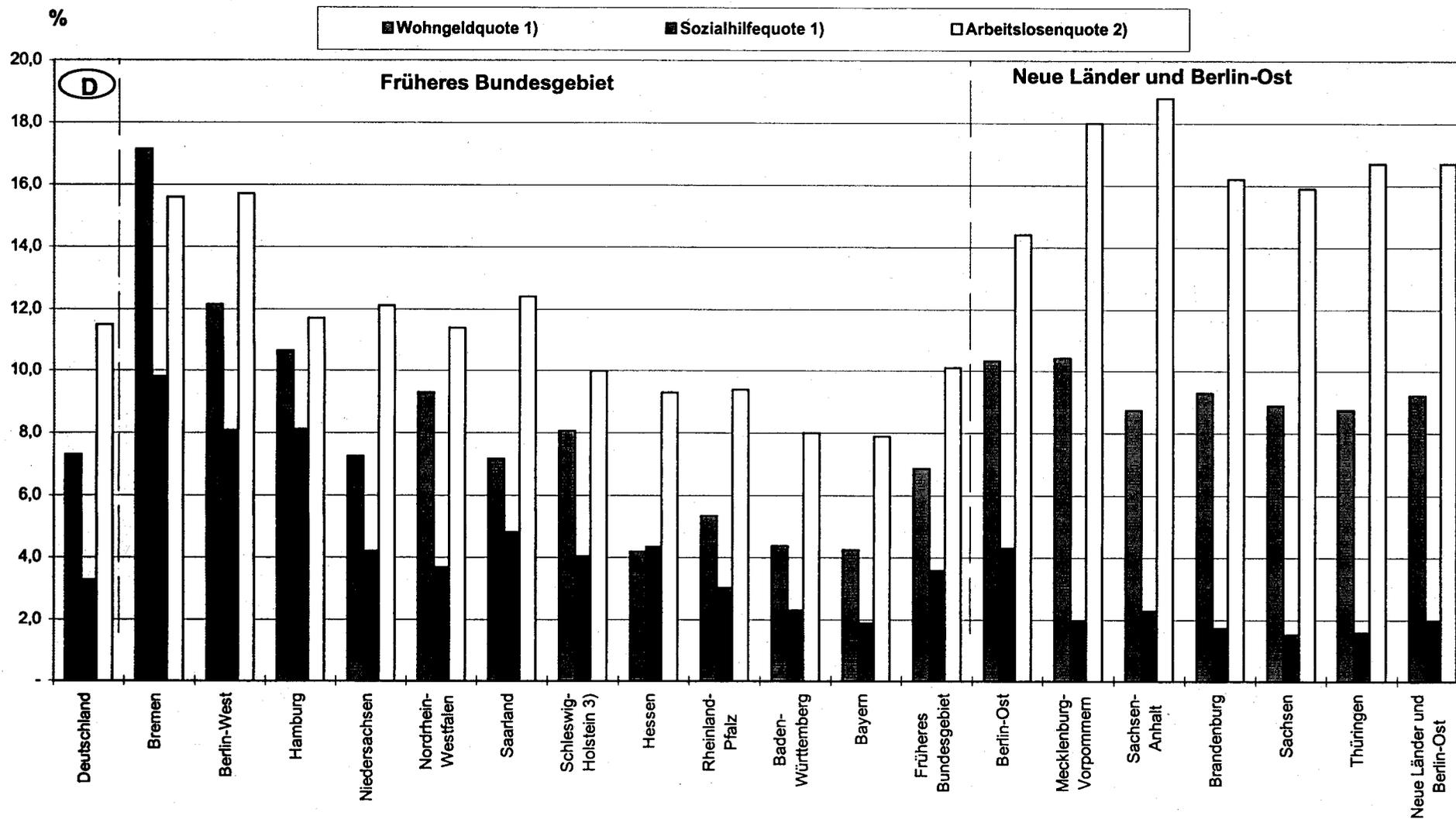
Tabelle 7.1

Wohngeld-, Sozialhilfe und Arbeitslosenquote für das Jahr 1996

Land	Wohngeld- empfänger- haushalte insgesamt	Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾	Arbeitslosen- quote
	am 31.12.1996		
	Anteil		Jahresdurch- schnitt 1996
	an den Privat- haushalten ²⁾	an der Bevölkerung ³⁾	
%			
Deutschland			
Zusammen	7,3	3,3	11,5
Früheres Bundesgebiet			
Baden-Württemberg.....	4,4	2,3	8,0
Bayern.....	4,2	1,9	7,9
Berlin-West.....	12,1	8,1	15,7
Bremen.....	17,2	9,8	15,6
Hamburg.....	10,6	8,1	11,7
Hessen.....	4,2	4,3	9,3
Niedersachsen.....	7,3	4,2	12,1
Nordrhein-Westfalen.....	9,3	3,7	11,4
Rheinland-Pfalz.....	5,3	3,0	9,4
Saarland.....	7,2	4,8	12,4
Schleswig-Holstein 4).....	8,1	4,0	10,0
Zusammen	6,9	3,6	10,1
Neue Länder und Berlin-Ost			
Berlin-Ost.....	10,3	4,3	14,4
Brandenburg.....	9,3	1,7	16,2
Mecklenburg-Vorpommern.....	10,4	2,0	18,0
Sachsen.....	8,9	1,5	15,9
Sachsen-Anhalt.....	8,8	2,3	18,8
Thüringen.....	8,8	1,6	16,7
Zusammen	9,2	2,0	16,7

- 1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.
- 2) Privathaushalte im April 1996.
- 3) Bevölkerungsstand: 31.12.1996.
- 4) Für die Wohngeldempfängerhaushalte wurden die Angaben zum 31.12.1995 herangezogen.

Schaubild 7.1
Wohngeld-, Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote für das Jahr 1996

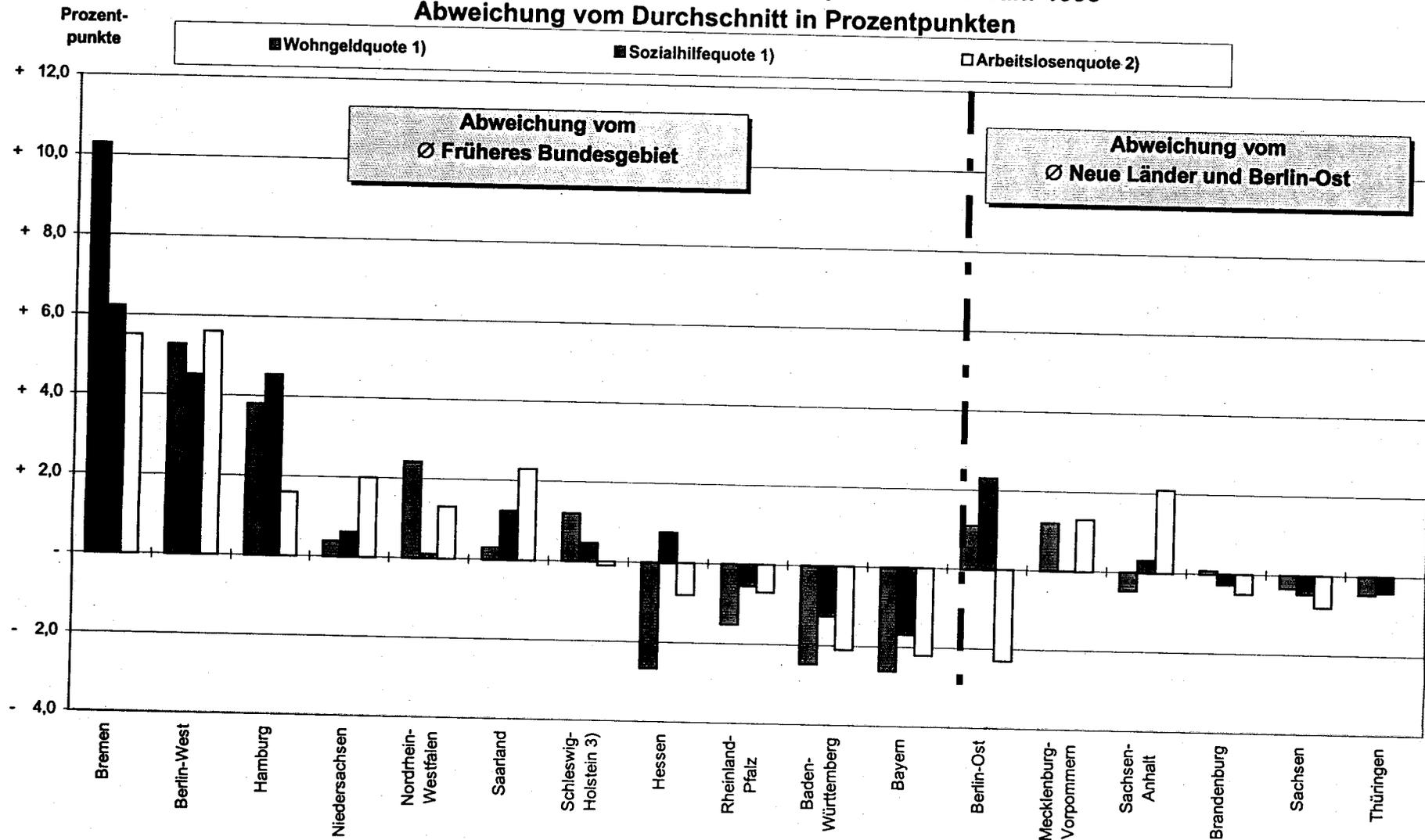


1) Am 31.12.1996.

2) Im Jahr 1996.

3) Für die Wohngeldquote wurden hier die Daten für den 31.12.1995 zugrundegelegt.

Schaubild 7.2
 Wohngeld-, Sozialhilfe und Arbeitslosenquote für das Jahr 1996
 Abweichung vom Durchschnitt in Prozentpunkten



1) Am 31.12.1996.

2) Im Jahr 1996.

3) Für die Wohngeldquote wurden hier die Daten für den 31.12.1995 herangezogen.